# bayerische schule

78. JAHRGANG # 2 2025 28. März

DAS MAGAZIN DES BLLV

















### 06 Bildungsticker

### POLITIK

- 08 Sprachtests Schnellschusspolitik mit fatalen Folgen
- 12 VBE-Studie Gewaltbereitschaft gegen Lehrkräfte bleibt hoch
- 15 Kommentar Spitzenpolitiker als schlechte Vorbilder
- 16 Gespräche
- 18 Akzente Jetzt erst recht: Haltung zählt!
- 20 Landtag SPD fordert verpflichtendes Betriebspraktikum für alle
- 21 Cartoon

### THEMA

- 22 Essay Die Illusion der Neutralität
- 28 Expertinnengespräch Auf das Mindset kommt es an
- 34 Methoden Praxistipps fürs Demokratielernen
- 38 Leitartikel Für die Demokratie einstehen

### SERVICE

- 42 Recht Müssen Lehrkräfte Busaufsicht leisten?
- 46 Dienstrecht Wenn das eigene Kind erkrankt
- 48 Dienstrecht Die Relevanz der Verhandlungen zum TV-L
- 50 Akademie Kooperationsseminare mit dem Kinderkunsthaus
- 51 Wirtschaftsdienst Starker Service, starke Werte

### VERBAND

- 52 BNE-Pakt XI Demokratielernen & TikTok an Nürnberger Gymnasium
- 56 BallHelden Mitmachen bei "Kicken für Kinder in Not"
- 58 Kamingespräch Olaf Zimmermann (Kulturrat) über Vielfalt
- **60 Lehrerbewegung** Wie die Stufenlehrer-Reform scheiterte
- 67 Impressum

# 2.1

lautet das Verhältnis von Sechzigjährigen zu Neugeborenen in Deutschland im Jahr 2024. Es steht für die demografische Entwicklung einer "alternden Gesellschaft", auf die drei Professoren für Soziologie und Politik hinweisen. Sie sehen die Mitte des Jahrzehnts als den Beginn einer "fragilen demografischen Phase", die noch "Jahrzehnte andauern" werde. "Dramatisch klein" werde die Generation sein, die für die Kosten von Klimapolitik, Militär und "vielfältigen gesellschaftlichen Schieflagen" aufkommen müsse. Zukunftsbezogene, generationengerechte Politik müsse sich an den Kindern orientieren. jd Quelle: Alle Daten und Zitate aus: "Kinder – Minderheit ohne Schutz: Aufwachsen in der alternden Gesellschaft" von A. El-Mafaalani, S. Kurtenbach und K. P. Strohmeier



# ... und raus – bist – du!

"Wer von euch wäre dann nächste Woche überhaupt noch hier in diesem Klassenzimmer?"
So fragte ein mutiger Kollege in die 6. Klasse einer städtischen Mittelschule. Er wollte den Kindern, fast alle aus Familien mit Migrationshintergrund, die Pläne der AfD für die sogenannte "Remigration" erklären. Als nur wenige zaghaft die Hand hoben, sind die Kinder dann doch etwas erschrocken.

Vorausgegangen war eine Diskussion über die hohen Ergebnisse dieser Partei, insbesondere in Stadtvierteln mit einem großen Anteil zugewanderter Mitbürger. Auch in der Jugendwahl setzten viele ihr Kreuz rechtsaußen. Aus dieser 6. Klasse kam zunächst ebenfalls viel Zustimmung. "Die haben schon recht, die Ausländer brauchen wir hier nicht." – "Du bist doch selbst einer, deine ganze Familie …!?" – "Ja, schon, aber ich meine die richtigen Ausländer."

Solche Diskussionen machen sprachlos – oder eben erst recht aktiv, wie im Beispiel des Kollegen. Und das ist gut so. Gerade in Zeiten des Rechtsrucks, erläutern Politikdidaktikerin Prof. Szukala und ihr Kollege, Jun.-Prof. Kenner, in ihrem Essay, darf das Neutralitätsgebot nicht als Schweigegebot missverstanden werden (S. 22). Präsidentin Fleischmann erinnert im Leitartikel (S. 38) an das wegweisende Manifest: HALTUNG ZÄHLT! des BLIV. Dazwischen diskutieren wir mit drei Frauen, die ebenfalls für die Demokratieerziehung brennen, und empfehlen Übungen und Formate für die Praxis.

Wir Lehrkräfte haben Verantwortung für das Demokratieverständnis in der Gesellschaft. Und Einfluss darauf. Nutzen wir ihn!

Steve Bauer, Chefredakteur

# Nach dem "Jahr der Nachricht": Mehr Projekte gegen Fake News

Berlin (dpa) - Das Medienbündnis #UseTheNews will seine Angebote zur Stärkung der Nachrichtenkompetenz junger Menschen ausweiten. Das Netzwerk, zu dem Medienhäuser wie ARD, ZDF und RTL/ntv sowie Verlage wie die Spiegelund die Funke Mediengruppe gehören, kündigte für 2025 den Ausbau von Newscamps und lokalen Modellprojekten an. Zudem soll ein Kompetenzzentrum entwickelt werden, in dem Journalisten und Pädagogen mit Jugendlichen zusammenarbeiten können. 2024 hatte das Netzwerk als "Jahr der Nachricht" ausgerufen. Nach eigenen Angaben wurden knapp eine Million Accounts auf Instagram und TikTok erreicht. Mehr als 4.000 Jugendliche und junge Erwachsene seien zu 43 Newscamps gekommen. Es gab auch Modellprojekte zwischen Schulen und Regionalmedien.

# Integrationsbarometer: Mehrheit sieht Integration positiv

Berlin (dpa) - Das Integrationsklima in Deutschland wird weiterhin überwiegend positiv wahrgenommen, allerdings zeigen sich zunehmend Bedenken, insbesondere im Bildungssektor. Laut neuestem Integrationsbarometer des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR), für das mehr als 15.000 Menschen befragt wurden, ist der Index von 68,5 Punkten vor zwei Jahren auf derzeit 66,3 Punkte gesunken. Besonders kritisch sehen Bürger ohne Migrationshintergrund die Integration an Schulen: Während vor zwei Jahren noch 65 Prozent das eigene Kind an einer Schule mit heterogener Schülerschaft anmelden würden, sind es jetzt nur noch 55 Prozent. Expertinnen und Experten führen dies auf Faktoren wie Lehrkräftemangel und unzureichende Ausstattung der Schulen zurück. Die Aufnahmebereitschaft gegenüber Geflüchteten bleibt hoch,

insbesondere bei politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen, geringer ist hingegen die Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen, die versuchen, der Armut zu entkommen. Auch die wirtschaftliche Lage scheint die Einstellungen zu beeinflussen, zunehmend auch im Westen der Bundesrepublik, wo die Sorge um den Wohlstand zunimmt. Das Integrationsbarometer wird gefördert vom Bundesministerium des Inneren und für Heimat sowie von den Ländern.

# TIMSS-Studie: Durchschnitt bei Mathe und Naturwissenschaften

Berlin (dpa) - Deutschlands Grundschüler liegen im internationalen Kompetenzvergleich in Mathematik und Naturwissenschaften im breiten Mittelfeld. Im alle vier Jahre vorgelegten Vergleichstest TIMSS (Trends in International Mathematics and Science Study) schlugen sich Viertklässler aus Deutschland besser als der internationale Durchschnitt. Im Vergleich mit den EU-Staaten lagensie teils unter, teils über dem Durchschnitt. Weit zurück blieben sie jedoch hinter asiatischen Ländern wie Singapur und Japan. In Europa schnitten Kinder aus England, Polen und Litauen besonders gut ab. An der TIMSS-Studie nahmen weltweit rund 360.000 Viertklässler teil, darunter 4.400 aus Deutschland. Ihre Leistungen in Mathematik blieben mit durchschnittlich 524 Punkten etwa auf dem Niveau der vorangegangenen Erhebungen. Allerdings erreichten 25 Prozent der Viertklässler in Deutschland nur die niedrigsten Kompetenzstufen, während 8,3 Prozent fortgeschrittene Leistungen erbrachten. In den Naturwissenschaften wurde ein leichter Rückgang gegenüber 2019 verzeichnet. Die Studie verweist in diesem Zusammenhang auf die wiederholten monatelangen Schulschließungen während der Corona-Pandemie, denen die teilnehmenden Kinder der aktuellen Testreihe ausgesetzt waren. In den Jahren 2020 bis 2022 war der Schulbetrieb teilweise stark eingeschränkt.

# Erstmals wieder weniger Einschulungen in Deutschland

Wiesbaden (dpa) - Deutschland erlebt nach Jahren des Anstiegs erstmals einen Rückgang der Einschulungszahlen. Zu Beginn des Schuljahres 2024/2025 wurden dem Statistischen Bundesamt zufolge etwa 827.500 Kinder eingeschult, ein Minus von 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr mit dem höchsten Stand seit 2003. Hauptgrund sei die deutlich geringere Zuwanderung von Kindern aus der Ukraine. Die Zahl ausländischer Kinder im einschulungsrelevanten Alter lag Ende Ende 2022 noch um 19 Prozent über dem Vorjahresniveau, Ende 2023 betrug der Anstieg nur noch 0,3 Prozent. In fast allen Bundesländern sanken die Einschulungszahlen. Leichte Zuwächse gab es allerdings in Bayern (plus 0,4 Prozent), Niedersachsen (plus 0,3) und Baden-Württemberg (plus 0.1 Prozent).

# Umfrage: Kriege und Leistungsdruck machen Schülern Sorge

Stuttgart (dpa) - Dem Deutschen Schulbarometer der Robert Bosch Stiftung zufolge machen sich viele Schüler in Deutschland wegen Kriegen und Leistungsdruck Sorgen. In einer entsprechenden Forsa-Umfrage zeigte sich mehr als ein Drittel (39 Prozent) oft oder sehr oft besorgt über Kriege in der Welt. Ein Viertel der Befragten machte sich Sorgen, keine guten Leistungen zu erbringen, besonders betroffen davon waren Mädchen zwischen 14 und 17 Jahren. Ebenfalls ein Viertel machte sich oft oder sehr oft Gedanken über eine Zerstörung von Klima und Umwelt durch Menschen. Die Studie zeigt auch, dass sich diese Ängste auf das Wohlbefinden der Schüler auswirken: Mehr als jeder vierte Befragte bewertete die eigene Lebensqualität als niedrig, 20 Prozent fühlten sich psychisch belastet – in Familien mit niedrigem Einkommen trifft das sogar jeden Dritten.



# Störfaktor Nummer 1 beim Lernen: das Smartphone

Erfurt (dpa) - Eine Umfrage der IU Internationale Hochschule zeigt, dass Smartphones vor allem viele junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren vom Lernen ablenkt. Rund zwei Drittel der Befragten in dieser Altersgruppe nannte ihr Handy als größten Störfaktor. Auch bei Personen zwischen 26 und 40 Jahren wurde das Smartphone als Hauptablenkungsgrund genannt, während sich Befragte über 40 vor allem durch Müdigkeit beim Lernen beeinträchtigt sahen. Laut dem "Lernreport" der in Erfurt ansässigen privaten Hochschule schafft es etwa die Hälfte aller Befragten in Deutschland nach eigener Einschätzung, ein bis zwei Stunden am Stück konzentriert zu lernen; bei 17,2 Prozent ist es nur eine halbe Stunde. Ulrike Lichtinger, Sozialwissenschaftlerin an der IU, erklärt, die Generation Z sei in einer digitalen Umgebung mit Apps wie Snapchat oder TikTok aufgewachsen, "und die fördert letztlich fragmentierte Aufmerksamkeitsmuster". Sie empfiehlt, sich 20-minütige Lernphasen vorzunehmen und das Smartphone während dieser Phase wegzulegen.



# Mal schnell den Sprachstand erheben

Die Fachwelt warnte eindringlich. Und doch verabschiedete der Bayerische Landtag noch im Dezember das Gesetz zur Einführung und Durchsetzung verbindlicher Sprachstandserhebungen sowie Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung. Im Eilverfahren wurden sowohl das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen als auch das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz geändert; schon im Monat drauf sollten Schulen und Kitas mit der Umsetzung beginnen. Dass das nicht rund laufen kann, liegt auf der Hand. Eine Sachstanderhebung.

Verbände und Expertinnen und Experten der Elementarpädagogik betonten, dass Sprachbildung mehr erfordere als standardisierte Tests – nämlich Förderung. Und damit Zeit, Geld und Personal. Die Staatsregierung aber berief sich auf ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag und zog ihr Vorhaben durch. Nach wie vor bestreitet niemand den Stellenwert der Sprachbildung, doch kommt es nun, wie befürchtet: Überforderung und allenthalben offene Fragen in den Bildungseinrichtungen.

### Wie die Kitas die Tests umsetzen

Staatlich geförderte Kitas waren bislang verpflichtet, den Sprachstand der Kinder im vorletzten Kindergartenjahr zu erheben. Das neue Gesetz erweitert dies um ein verpflichtendes Sprachscreening, umzusetzen eineinhalb Jahre vor der Einschulung durch die zuständige Grundschule. Dies gilt für alle Kinder, es sei denn, eine staatlich geförderte Kita bescheinigt >

ausreichende Sprachkenntnisse und die Erziehungsberechtigten legen der Grundschule diese Bescheinigung vor. Mit dem neuen Vorhaben können auch die Kinder erreicht werden, die bisher keine Kita besucht haben, ihr Anteil in Bayern ist mit rund 7,5 Prozent jedoch gering. Seit März wird für die Tests das neue digitale Instrument BaSiS in der BayernCloud angewendet.

In den Kitas musste die schriftliche Bescheinigung an die Eltern bereits im Januar ausgestellt werden – unter Zeitdruck und ohne ausreichende Vorlaufzeit. Die prozesshafte und multiperspektivische Entwicklungsbeobachtung, essenziell für eine fundierte Sprachstandserhebung, wurde wie gehabt erstellt. Doch die Sprachstandserhebungsverfahren sismik und seldak wurden, wie vom Staatsinstitut für Frühpädagogik und Medienkompetenz (IFP) angekündigt, erst im Januar aktualisiert. Die Kurzversionen der Bögen können nun als digital ausfüllbare Dokumente kostenlos über die IFP-Website heruntergeladen werden.

### Grundschulen im Ausnahmezustand

An den Grundschulen zeigt sich ein drastischeres Bild: Bei der umstrittenen Einführung des Gesetzes wurden und werden Informationen erst im letzten Moment bereitgestellt. Das digitale Instrument zur Diagnostik "in Bayern für Bayern" musste in Windeseile entwickelt werden, ist demzufolge noch unausgereift und die betroffenen Lehrkräfte hatten kaum Zeit, sich darin einzuarbeiten. Personelle Ressourcen wurden zugesagt, reichen aber nicht aus. Die Folge: zusätzliche Bürokratie an den Grundschulen. Und das, obwohl Staatskanzleichef Florian Herrmann betont hat, es solle keine "unsinnige Bürokratie" entstehen.

### Beratungsfälle bleiben einfach liegen

Derzeit führen die Beratungslehrkräfte die Tests durch. Neu hinzugekommen sind die Schulpsychologinnen und -psychologen. Beide Professionen verfügen zwar über das notwendige diagnostische Know-how, doch fehlen vielerorts zeitliche Ressourcen, ausreichend Einarbeitungszeit und angemessene Rahmenbedingungen für ihren Einsatz. Teilweise wurde versucht, diese Kolleginnen und Kollegen durch eine Erhöhung ihrer Arbeitszeit oder Anrechnungsstunden einzubinden, allerdings ohne einheitliche Regelungen. In der Praxis bedeutet das: Zahlreiche Beratungslehrkräfte sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sind im März und April ausschließlich mit Sprachstandserhebungen beschäftigt – auf Kosten ihrer eigentlichen Kernaufgaben. Beratungsfälle bleiben also

über Wochen unbearbeitet liegen, die Wartezeiten für Ratsuchende steigen noch weiter an. Zudem scheinen mancherorts die vielen Testungen nur leistbar, wenn Beratungslehrkräfte während der Testwochen aus ihrem Unterricht herausgenommen werden. Mobile Reserven, die sie ersetzen können, gibt es kaum. Und mit all dem steigt auch die Belastung der Beratungsfachkräfte noch weiter an (vgl. Umfrage zur Belastung der Beratungsfachkrafte, BLLV 2023).

### Mangelnde Vernetzung

Ein weiteres Problem ist die fehlende Abstimmung zwischen Kitas, Gesundheitsämtern und Grundschulen. Sprachstandserhebungen in den Kitas, Schuleingangsuntersuchungen der Gesundheitsämter und zusätzliche Tests an Grundschulen laufen parallel – oft ohne klare Regelung, wie diese miteinander verknüpft werden sollen. Doppel- oder Dreifacherhebungen könnten die Folge sein, datenschutzrechtliche Fragen bleiben unbeantwortet.

### Die Frage nach der Förderung

Sprache ist der Schlüssel für Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe. Ob die Tests am Ende tatsächlich zu besseren Sprachkenntnissen beitragen, bleibt offen. Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf können nun durch die Grundschule per Bescheid verpflichtet werden, eine staatlich geförderte Kita mit dem Programm "Vorkurs Deutsch 240" zu besuchen. Unklar bleibt allerdings, woher das qualifizierte Personal für diese Maßnahmen kommen soll. Schon jetzt werden Vorkurse wegen Lehrkräftemangels ersatzlos gestrichen oder vielerorts von Substitutionskräften ohne entsprechende Ausbildung gehalten. Eine passgenaue Förderung muss jedoch gewährleistet sein. Der Besuch eines Vorkurses und der Besuch einer Kita werden für viele Kinder nicht ausreichen. Sie brauchen mehr. Welche Konzepte legt das Kultusministerium in Zukunft vor, um eine adäquate Förderung dieser Kinder zu garantieren? Selbst Kultusministerin Stolz räumt bei dem neuen Gesetz ein: "Es wird ruckeln." //



[Kommentar] Sabine Bösl\*

# Schnellschusspolitik mit fatalen Folgen

Das neue Gesetz zeigt einmal mehr, wie politische Schnellschüsse in Bayern die betroffenen Bildungsakteure belasten und welche Probleme es auslöst, wenn nicht geklärt ist, wer die Last tragen soll. Das Testverfahren musste innerhalb kürzester Zeit entwickelt werden. Informationen kamen spät und häppchenweise. Viele Fragen blieben offen. Einige Mustervorlagen schienen nicht genug durchdacht und sorgten so für Verwirrung in den Grundschulen und Schulämtern. Dann auf die Schnelle noch ein paar Fortbildungen und Dienstbesprechungen.

### Noch mehr Bürokratie und Arbeit on top

Warum dieser Zeitdruck? Der BLLV hat die viel zu knappe Vorlaufzeit in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf kritisiert. Derart überstürzt sollten bildungspolitische Vorhaben nicht an den Start gehen. Die Folgen zeigen sich gerade in der Praxis vor Ort: Die Kitas und Grundschulen sind am Rande der Belastbarkeit. Noch mehr Bürokratie, obwohl ständig vom Bürokratieabbau geredet wird. Noch mehr Arbeit für die Kolleginnen und Kollegen in der Schulberatung, für die Verwaltungsangestellten sowie für die Schulleitungen, obwohl unsere Kultusministerin stets betont, wie wichtig ihr die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen sei. Viele haben keine Anrechnung

für die zusätzliche Arbeit bekommen und sollen einfach alles nebenbei leisten. Und das in einer Phase, in der in allen Grundschulen auch die Schuleinschreibung gestemmt werden muss.

#### Testen sinnlos ohne Förderangebote

Schulen und Kitas kämpfen mit den Konsequenzen unausgereifter Pläne, die Regierung bietet bisher keine nachhaltigen Lösungen. Testen macht aber nur Sinn, wenn eine passgenaue und individuelle Förderung folgen kann. Doch die Kräfte der Pädagoginnen und Pädagogen sind begrenzt. Ohne die notwendigen Ressourcen könnte das Vorhaben scheitern – und ein weiteres Mal die Chance auf echte Fortschritte in der Sprachbildung verspielt werden. Nur durch eine Stärkung personeller und finanzieller Ressourcen kann eine Sprachförderung gelingen, die allen Kindern die bestmöglichen Startchancen ins Schulleben bietet. Ohne zusätzliche Fachkräfte wird das Projekt zu einem weiteren politischen Feigenblatt. //

<sup>\*</sup>Leiterin der Abteilung Schul- und Bildungspolitik



**VBE-Studie** 

# Gewaltbereitschaft gegen Lehrkräfte bleibt hoch

Seit neun Jahren beauftragt der Verband Bildung und Erziehung (VBE) – Dachverband des BLLV – alle zwei Jahre das Meinungsforschungsinstitut forsa mit einer repräsentativen Umfrage zum Thema "Gewalt gegen Lehrkräfte". Für die aktuelle Erhebung wurden deutschlandweit 1.311 Schulleitungen befragt, darunter 254 in Bayern. Ihre Auskünfte stimmen nachdenklich.

59 Prozent der befragten Schulleitungen in Bayern geben bei der forsa-Umfrage im Oktober 2024 an, dass Gewalt an ihrer Schule in den vergangenen fünf Jahren weiter zugenommen hat. Rund zwei Drittel – bundes- und bayernweit – berichteten, dass in den vergangenen fünf Jahren Lehrkräfte an ihrer Schule beschimpft, bedroht, beleidigt, gemobbt oder belästigt wurden. Gleichzeitig vertritt nur jede dritte Schulleitung in Bayern die Ansicht, dass mit dem Thema weitgehend offen umgegangen wird, bundesweit sind 37 Prozent dieser Meinung.

### Tätlichkeiten an jeder vierten Schule

Der Umfrage zufolge kam es bayernweit innerhalb der vergangenen fünf Jahre an 65 Prozent der Schulen zu psychischer und an 26 Prozent der Schulen zu körperlicher Gewalt gegen Lehrkräfte. 38 Prozent der befragten Schulleitungen berichteten davon, dass Lehrkräfte ihrer Schule Opfer von Cybermobbing wurden.

In den meisten Fällen wurden Schüler und deren Eltern zu Tätern. So gingen nach Angaben der Schulleitungen nahezu alle körperlichen Übergriffe von Schülerinnen und Schülern aus (99 Prozent), auch Cybermobbing geht in 76 Prozent der Fälle auf ihr Konto. Psychische Gewalt in direkter Begegnung geht hingegen vorwiegend von Eltern aus (83 Prozent). Immer wieder werden auch Erwachsene ohne jegliche Verbindung zur Schule zu Tätern gegenüber Lehrkräften.

Welche Präventionsmaßnahmen wären die wichtigsten? Auf diese Frage nannten 77 Prozent der bayerischen Schulleitungen "angemessene Personalausstattung". Angeführt wurden auch "Kooperationen mit staatlichen Institutionen wie der Polizei" (75 Prozent), "Gespräche der Lehrkräfte zu dem Thema mit Schülerinnen und Schülern" (71 Prozent), "Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams" (70 Prozent), "Fort- und Weiterbildungsangebote, Trainings und Workshops zu Prävention und Deeskalation" (65 Prozent), ein "Schulkodex, also schulische Leitlinien, die in der Schulkonferenz verabschiedet werden" (60 Prozent), "angemessen große Unterrichtsräume" (51 Prozent) sowie "umfängliche Partizipationsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler" (46 Prozent).

Erstmalig wurde in diesem Jahr abgefragt, ob Schulen mit einem zweiten Alarmsignal ausgestattet sind, um Schülerschaft und Lehrkräfte, beispielsweise im Fall eines Amoklaufs, auffordern zu können, im Unterrichtsraum zu bleiben und sich zu verbarrikadieren. Dies konnten in Bayern nur 38 Prozent der Schulleitungen bejahen, bundesweit waren es 55 Prozent.



"Der Dienstherr muss eine umfassende psychologische und auch juristische Unterstützung ermöglichen." [Kommentar] Tomi Neckov

# Unhaltbare Zustände

Durch unsere Umfragen zum Thema Gewalt gegen Lehrkräfte konnten wir die Behauptung, Gewalt gegen Lehrkräfte sei ein seltenes Randphänomen, fundiert entkräften. Der Blick auf Gewalt an Schulen hat sich sicher auch deswegen verändert: Was früher noch als Kavaliersdelikt verharmlost wurde, wird mittlerweile klar als Gewalt benannt, viele Schulleitungen gehen wachsam mit dem Thema um.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem bewussteren Umgang mit der Problematik war die Handreichung des bayerischen Kultusministeriums "Keine Gewalt gegen Lehrkräfte: Ein Leitfaden zu Prävention, Intervention und Nachsorge". Die im Juni 2023 veröffentlichte Broschüre bietet eine auf die Situation der Lehrkräfte und Schulleitungen zugeschnittene Hilfestellung bei entsprechenden Vorfällen. Und doch: Die Tendenz bleibt bedrohlich.

Nicht nur Beschimpfungen haben zugenommen, sondern auch Cybermobbing und handfeste Angriffe. Wir sehen es daher als unsere Aufgabe, auf die unhaltbaren Zustände hinzuweisen. Zugleich geben wir als Verband Betroffenen Mitgliedern Rückendeckung durch unsere Rechtsabteilung. Die Politik fordern wir weiter dazu auf, konsequent für den Schutz der Lehrkräfte zu sorgen. Der Dienstherr muss eine umfassende psychologische und auch juristische Unterstützung ermöglichen. Jeder Fall ist einer zu viel. //

# Spitzenpolitiker als schlechte Vorbilder

# Söder und Aiwanger ignorieren getroffene Vereinbarungen

Die Aussagen von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zu den bayerischen Klimazielen geben Anlass zu großer Besorgnis. Das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 sei bereits abgeschafft, verkündete der Chef der Freien Wähler am Rande einer Klausur seiner Landtagsfraktion in Chieming Mitte Januar. Aiwanger begründete seine Aussage mit angeblichen Änderungen im Zusammenhang mit den Beratungen zum bayerischen Nachtragshaushalt. Diese Behauptung wurde jedoch von anderen Mitgliedern der Staatsregierung widerlegt; und sie widerlegt sich auch durch einen Blick ins Gesetz.

Die faktisch falsche Behauptung offenbart eine erschreckende Kurzsichtigkeit. Und sie untergräbt zentrale Werte, die wir unseren Schülerinnen und Schülern zu vermitteln haben. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zielt darauf ab, Kinder und Jugendliche zu befähigen, kritisch zu denken, sich eine Meinung zu bilden und die Konsequenzen des eigenen Handelns zu reflektieren. Wenn ein Minister öffentlich Falschaussagen macht und offenbar bereit ist, vereinbarte Klimaziele leichtfertig infrage zu stellen, schwächt dies die Glaubwürdigkeit der politischen Institutionen und die Motivation junger Menschen, sich selbst für nachhaltige Ziele einzusetzen.

### Zurückrudern beim Klimaschutz

Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hatte bereits im November Zweifel an der Umsetzbarkeit des 2040-Ziels geäußert. Bei der CSU-Klausur in Kloster Banz im Januar spielte das Thema Umweltschutz keine Rolle. Auch Söders "Zurückrudern", der das Gesetz ursprünglich vorangetrieben hatte, stärkt nicht gerade das Vertrauen in die Demokratie. Noch vor ein paar Jahren hatte er verkündet: "Wir alle müssen uns bewegen, wir alle brauchen einen Klimaruck. (...) Es geht tatsächlich um unseren Fußabdruck in der Geschichte." Vertrauen in die Demokratie ist gerade jetzt so wichtig. Eine solche Kehrtwende konterkariert auch das Demokratielernen an unseren Schulen.

Schülerinnen und Schüler lernen in unseren Klassenzimmern, dass demokratische Entscheidungen auf einem transparenten und rechtsstaatlichen Prozess basieren. Die Behauptung, ein Gesetz sei ohne die vorgeschriebene parlamentarische Lesung geändert worden, steht in direktem Widerspruch dazu. Solche Aussagen erwecken den Eindruck, demokratische Regeln könnten beliebig umgangen werden – was unsere Bemühungen um Demokratiebildung massiv unterläuft.

#### BNE wird konterkariert

Auch die Selbstwirksamkeit von Schülerinnen und Schülern ist ein Aspekt, der durch diese Art von Politik leidet. Junge Menschen, die sich engagieren und etwa für den Klimaschutz einsetzen, werden entmutigt. Sie erleben, dass ihre Anliegen nicht ernst genommen werden und politische Ziele scheinbar ohne Rücksicht auf Fakten oder langfristige Auswirkungen relativiert werden. Dies gefährdet ihre Bereitschaft, sich aktiv und konstruktiv einzubringen und fördert Resignation.

Gerade die Politik muss aufzeigen, dass nachhaltige Entwicklung kein optionales Ziel ist, sondern eine Notwendigkeit, die mit verbindlichen und ambitionierten Vorgaben einhergeht. Die Bildungsarbeit an unseren Schulen erfordert glaubwürdige politische Rahmenbedingungen und viele Partizipationsmöglichkeiten, um den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, dass nachhaltiges Handeln und demokratische Prozesse untrennbar miteinander verbunden sind.

Gerade Politiker sollten sich ihrer Vorbildfunktion und der Auswirkungen ihres Handelns bewusst sein. Dazu gehört, zu den vereinbarten Klimazielen zu stehen und sie konsequent voranzutreiben. Die Zukunft unserer Gesellschaft und unseres Planeten hängt davon ab, dass wir Verantwortung übernehmen – für uns selbst und für die kommenden Generationen. //

# der bllv im gespräch mit ...



... dem bbb-Vorsitzenden Rainer Nachtigall



... Gabriele Triebel, bildungspolitische Sprecherin der Grünen

# "Attraktive Arbeitsbedingungen für öffentlichen Dienst"

Die politisch Verantwortlichen in Bayern müssen sich der Bedeutung des öffentlichen Dienstes bewusst sein und entsprechend attraktive Arbeitsbedingungen schaffen - dies war Konsens im Gespräch zwischen BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann, dem 1. BLLV-Vizepräsidenten Gerd Nitschke und dem Vorsitzenden des Bayerischen Beamtenbundes (bbb), Rainer Nachtigall. "Es braucht Teilzeitmöglichkeiten, um Familie und Beruf stemmen zu können", forderte Fleischmann. Insbesondere weibliche Angestellte und Lehrkräfte gingen oft aufgrund fehlender Betreuungsplätze in Teilzeit. "Wir erwarten von der Regierungskoalition, dass sie alles für das im Koalitionsvertrag benannte "Familienland Bayern" tut." Nitschke bekräftigte: "Die Kolleginnen und Kollegen müssen immer mehr Herausforderungen an den Schulen meistern. Dabei leidet ihre Gesundheit stark unter den enormen Belastungen." Doch statt die Antragsteilzeit für solche Fälle auszuweiten, habe die Koalition diese Option an Grund- und Mittelschulen noch eingeschränkt. "Wir fordern eine Rücknahme dieser und weiterer Maßnahmen!" Nachtigall stellte klar, dass es aufgrund des Fachkräftemangels für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst attraktive Arbeitsbedingungen brauche, auch im Sinne der Nachwuchsförderung. yy

# "Das Startchancen-Programm bietet viele Chancen"

Das durch die Ampel-Regierung eingeführte Startchancen-Programm sei ein sehr gutes Mittel, um Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler zu unterstützen. Dieses Bildungsprogramm biete enorm viele bildungs- und sozialpolitische Chancen und müsse daher dringend weiter in Bayern ausgebaut werden. Darüber waren sich BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann und die bildungspolitische Sprecherin der Grünen im Bayerischen Landtag, Gabriele Triebel, einig. "Es gibt mehr als genug wissenschaftliche Studien, die besagen, dass sich der Stand der Bildungsungerechtigkeit in Deutschland seit 20 Jahren nicht verbessert hat. Ein niederschmetternder Befund. Mit dem Startchancen-Programm gibt es nun zumindest den Ansatz, bedarfsgerecht genau dort Schülerinnen und Schüler zu fordern, die am meisten Bedarfe haben", stellte Fleischmann fest. Es brauche jedoch noch mehr Resourcen, damit mehr Schulen in Bayern gefördert werden können. "Wir Grüne in Bayern kämpfen für eine Bidungspolitik, in der alle Kinder und Jugendliche unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund bestmögliche Bildungschancen haben", verdeutlichte Triebel. Denn: "Wir dürfen keine Talente verlieren!" Man vereinbarte, auch weiterhin im Gespräch zu bleiben. yy



... der Journalistin Catrin Boldebuck ("Stern")



... Alexandra Dratva (Verein für Demokratie und Aufklärung)

# "Drei Millionen Kinder von Armut betroffen"

Wie kann es sein, dass in einem wohlhabenden Land wie Deutschland rund drei Millionen Kinder von Armut betroffen sind? Was sich ändern muss und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um dem etwas entgegenzusetzen, war Thema eines Videogesprächs von BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann und "Stern"-Redakteurin Catrin Boldebuck. Anlass war die Veröffentlichung von "Jedes fünfte Kind: Warum Kinderarmut unseren Wohlstand und unsere Freiheit gefährdet". In ihrem Buch beschreibt Boldebuck beschreibt Armut nicht nur als Mangel an Geld, sondern als ein vielschichtiges Problem, das sich wie ein roter Faden durch das Leben der Betroffenen zieht. Armut sei "wie ein Rucksack, der immer voller wird mit Problemen". Mit Auswirkung auf sämtliche Lebensbereiche - von Bildungschancen über soziale Teilhabe bis hin zur Gesundheit. Fleischmann und Boldebuck kritisierten den öffentlichen Diskurs über Armut, der oft geprägt sei von Stigmatisierung und Beschämung der Betroffenen. Menschen, die in Armut aufwachsen, würden dieses Stigma oft ihr Leben lang tragen. "Wir Lehrkräfte sind die Lobby für diese Kinder", sagte Fleischmann. Eine armutssensible Schulkultur bedeute, "Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft anzunehmen und individuell zu fördern". jd

# "Gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit"

Mit dem ehrenamtlichen Vorstandsmitglied im Verein für Aufklärung und Demokratie (VAD), Alexandra Dratva, sprach die BLLV-Präsidentin über aktuelle Entwicklungen im Bereich Antisemitismus. VAD ist Träger von RIAS Bayern, der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern. RIAS nimmt Meldungen über antisemitische Vorfälle auf und unterstützt von Antisemitismus Betroffene in Bayern. Dratva, die sich in unterschiedlichen Funktionen für Demokratie einsetzt, erlebt auch als Grundschullehrerin, welche Folgen Antisemitismus für die betroffenen Kinder und Jugendlichen in der Schule haben kann. Fleischmann machte deutlich, dass der BLLV nicht zuletzt mit seinem Manifest: HALTUNG ZÄHLT gegen jedwede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit kämpft: "Lehrerinnen und Lehrer stehen jeden Tag für die Demokratie an den Schulen ein, trotz aller anderen Herausforderungen. Selbstverständlich erleben die Kolleginnen und Kollegen auch schwierige Situationen zwischen Schülerinnen und Schülern. Aber kein Kind, kein Jugendlicher darf sich aufgrund seiner Herkunft, Religionszugehörigkeit oder irgendetwas anderem ausgegrenzt fühlen!" Man vereinbarte mit Dratva, die auch Seminare zum Thema Antisemitismus anbietet, weiter im Austausch zu bleiben. yy



# Jetzt erst recht: Haltung zählt!

Gewalt in der Gesellschaft, Gewalt in der Schule – das schlichteste und gefährlichste Handlungsmuster zum Durchsetzen eigener Ziele und zum Lösen von Konflikten ist stärker präsent denn je. Was tun gegen diesen empirisch belegten Trend? Schnell mal ein Gesetz erlassen? Gefragt ist groß angelegte und nachhaltige Unterstützung für diejenigen, die als Vorbilder wirken und Werte vermitteln: die Lehrerinnen und Lehrer.

mmer wieder in den vergangenen Monaten und Jahren gab es Vorfälle, die uns wegen der Brutalität und schieren Unmenschlichkeit der Täter erschüttert haben, die Angst machen. Mit solchen Ereignissen geht eine andere Art der Verrohung einher: Ein gesellschaftlicher Diskurs nämlich, der geprägt ist von Schuldzuweisungen, von Hass und Hetze, vom Populismus der schnellen und vermeintlich einfachen Lösungen. Diese Facette der Gewalt erleben wir auch an den Schulen. Sie sind ja die Gesellschaft im Kleinen.

Was ich hier beschreibe, ist nicht meine eigene gefühlte Wahrheit. Zusammen mit unserem Dachverband VBE – dem Verband Bildung und Erziehung – führen wir mit dem Umfrage-Institut forsa seit neun Jahren regelmäßige Befragungen zum Thema "Gewalt an den Schulen" durch (S. 12). Und die Tendenz ist deutlich: Rund zwei Drittel der Schulen in Bayern und bundesweit berichten, dass die Gewalt zunimmt und in den vergangenen fünf Jahren Lehrkräfte an ihrer Schule direkt beschimpft, bedroht, beleidigt, gemobbt oder belästigt wurden. Von Schülern und Eltern, erschreckenderweise aber auch von Kolleginnen und Kollegen oder von Fremden, die gar nichts mit der Schule zu tun haben.

Woher das kommt? Naja, die Kinder und Jugendlichen bekommen doch ungefiltert mit, wie andernorts Konflikte gelöst werden. Da ist zum einen diese Gesellschaft der Polykrisen und eine Öffentlichkeit, in der es kaum noch Leitplanken gibt. Politiker beschuldigen sich bei Gewaltexzessen gegenseitig, statt gemeinsam konstruktiv zu handeln; es fehlt an gegenseitiger Achtung, Empathie und Diskussionskultur. Und da ist zum anderen das häusliche Umfeld, Eltern, die ungute Muster schon zu Hause vorführen.

Und wir an den Schulen erleben dementsprechend vermehrt Kinder, die beleidigen und mobben, die schlagen und treten. Wir werden Zeuge solchen Verhaltens – und immer öfter auch Opfer. Als pädagogische und oft auch psychologisch geschulte Profis wissen wir: Gewalt bei Schülern ist fast immer Ausdruck von "ich weiß mir nicht anders zu helfen". Entsprechend dankbar reagieren sie, wenn sie Alternativen kennenlernen. Sie verstehen dann durchaus, dass Gewalt alle belastet und für niemanden zu echtem Wohlbefinden führt, zu echten Freundschaften oder zu guten Noten. Und handeln entsprechend.

Genau deswegen brauchen wir Gewaltprävention an den Schulen. Das ist die Lösung – denn wir Lehrerinnen und Lehrer sind es, die beeinflussen können, dass Gewalt nicht zur Standardlösung für Konflikte oder für das Erreichen eigener Ziele wird. Damit die Prävention greifen kann, müssen sich die Kinder aber so früh wie möglich als kompetent und selbstwirksam erleben. Sie müssen Alternativen zur Gewalt einüben können, sie müssen die Chance haben, Werte zu erfahren. Deshalb gehen Gewaltprävention und Demokratiepädagogik Hand in Hand. Und deswegen brauchen wir Bildung für Herz, Kopf und Hand.

Wir wissen sehr genau, was wir brauchen, wenn es darum geht, Lösungen gegen das Problem der zunehmenden Gewalt und Verrohung fest zu etablieren, statt immer nur oberflächlich und hitzig zu diskutieren, wenn wieder etwas Schlimmes passiert ist. Zuallererst darf Gewalt an der Schule kein Tabuthema mehr sein. Wir müssen offen darüber reden. Zugleich müssen wir eine demokratische Schulkultur etablieren, aufgebaut auf erprobter Demokratiepädagogik. Eingeführt werden müssen auch konkrete Präventionsmaßnahmen wie Anti-Aggressions-Trainings. An den einzelnen Schulen brauchen wir multiprofessionelle Teams, Schulpsychologen, Beratungslehrerinnen und -lehrer sowie Schulsozialarbeit – was wir als BLLV schon lange fordern.

Gleichzeitig müssen wir als Lehrerinnen und Lehrer unserer Rolle als Vorbilder gerecht werden. Ebenso wie die handelnden Akteure in der Politik. Das Thema muss in die Mitte der Gesellschaft rücken und in die Mitte der Schulen. Dafür müssen Zeit und Ressourcen bereitgestellt werden. Es geht um unsere Zukunft. Wenn wir die Problematik der zunehmenden Gewalt bewältigen wollen, müssen wir uns entscheiden: Finden wir es richtig, einfach mal schnell ein Gesetz zu ändern? Oder wollen wir die Gesellschaft auf einen richtigen Weg führen, auch wenn das nicht unmittelbar vorzeigbare Erfolge bringt? So viel ist sicher: Aktionismus hilft nicht. Der leichte Weg wird schnell zum härtesten. //

#### bllv.de/akzente

# // SPD: Verpflichtendes Betriebspraktikum für alle

Ein Antragspaket der SPD zur beruflichen Bildung beschäftigte Anfang Februar den Bildungsausschuss. Diskutiert wurden vor allem die Anträge zu Betriebspraktika, Startchancen-Programm und zur Schulsozialarbeit.

Der Antrag Drs. 19/4424 sah ein verpflichtendes Betriebspraktikum an allen Schularten vor. Nicole Bäumler von der SPD begründete, insbesondere am Gymnasium müssten Schüler Einblicke in die konkrete Arbeit in Ausbildungsberufen erhalten, sonst gingen potenzielle Fachkräfte verloren. Tobias Reiß (CSU) kritisierte, so könne besonders in Regionen mit wenigen Praktikumsplätzen eine zu starke Konkurrenz zur Berufsschule entstehen. Man müsse auch an die Eigenver-

antwortung der Schüler appellieren. Sie könnten in den Ferien freiwillige Praktika wahrnehmen. Dies unterstrich auch Michael Koller (FW).

Ebenso wenig stimmten die Regierungsfraktionen auch dem Antrag für mehr Schulsozialarbeit an Berufsschulen (Drs. 19/4425) zu, auch wenn sie prinzipiell Zustimmung bekundeten. Christian Zwanziger (Grüne) wünschte sich mehr überfraktionelle Zusammenarbeit. Reiß hielt dagegen, als Regierungsfraktion habe man auch dem Haushalt gegenüber eine besondere Verantwortung. Man könne nicht einfach an einer Schulart mehr Sozialarbeit zur Verfügung stellen, ohne eventuell an einer anderen Schulart entsprechende Stellen zu streichen.

Die SPD bemängelte im dritten Antrag (Drs. 19/4426), dass für das Startchancen-Programm keine Berufsschulen ausgewählt wurden. Reiß und ein KM-Vertreter erwiderten, in der nun anstehenden Runde würden auf jeden Fall Berufsschulen ausgewählt.

Der BLLV kämpft für beste Lehr- und Lernbedingungen an allen Schularten. Er begrüßt daher die Bestrebungen der SPD zugunsten der Berufsschulen. Ohne diese wichtige Schulart könne man nicht die dringend benötigten Fachkräfte ausbilden. Die berufliche Bildung biete jungen Menschen vielfältige Möglichkeiten und sei deshalb elementarer Bestandteil einer breiten Bildungslandschaft.

Wilhelm A. Hees

# // Bewerbungen

Die meisten Lehrkräfte, die aus anderen Bundesländern nach Bayern kommen, bewerben sich auf Stellen an Gymnasien. Zwischen 2018 und 2023 hat diese Zahl jedoch von 159 auf 123 abgenommen. Im selben Zeitraum ist die Zahl der tatsächlichen Einstellungen und Einstellungsangebote von 11 auf 56 gestiegen. An Mittel- und Grundschulen ist die Zahl der Bewerbungen aus anderen Bundesländern fast konstant geblieben, bis auf eine größere Veränderung zwischen 2020 und 2021 (73 bzw. 36), als alle Bewerber Einstellungsangebote oder eine Einstellung erhalten haben. Dies geht aus einer schriftlichen Anfrage (Drs. 19/4360) der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD) hervor. wah

# // Vorbereitungsdienst

Die Zahl der Dienstantritte zum Vorbereitungsdienst an Grund- und Mittelschulen ist in den vergangenen zehn Jahren gestiegen. Traten an Grundschulen 2014 noch 1.094 Lehramtsanwärter ihren Dienst an, waren es 2024 bereits 1.581. An den Mittelschulen stieg die Zahl von 463 auf 584 Dienstantritte. Die Höchstzahl (683) wurde im Jahr 2023 erreicht. Oberbayern war jeweils der Regierungsbezirk mit den meisten, Oberfranken der mit den wenigsten Dienstantritten zum Vorbereitungsdienst. Diese Zahlen nannte die Staatsregierung in ihrer Antwort auf die schriftliche Anfrage (Drs. 19/4008) von Gabriele Triebel und Christian Zwanziger von den Grünen. wah

# // Klassenstärken

An Gymnasien ist die Klassenstärke in den vergangen zehn Jahren leicht gesunken. Bayernweit nahm die Zahl der Schüler pro Klasse von rechnerisch 25,7 auf 24,6 ab. Am größten (25,7) war die Zahl in Oberbayern, am geringsten in Niederbayern und Oberfranken (jeweils 24,3). Diese Daten nannte die Staatsregierung auf die schriftliche Anfrage (Drs. 19/3227) von Dr. Simone Strohmayr (SPD). Zwei weitere Anfragen der Abgeordneten (Drs. 19 / 3228 und 19 / 3229) erbrachten für denselben Zeitraum leicht sinkende Zahlen auch an Realschulen (von 26,3 auf 25,2) und an Berufsschulen (22,7 auf 21,8). Auch da war Oberbayern der Regierungsbezirk mit den größten Klassen. wah



meissner





# Die Illusion der Neutralität

Wie begegnet man dem rechtsextremen Ruck in der Schule? Wer sich als Lehrkraft auf den Beutelsbacher Konsens beruft, um sich rauszuhalten, untergräbt letztlich die Grundlagen der politischen Bildungsarbeit. Es braucht eine transparente, reflektierte Parteilichkeit für die Demokratie. Die kann und muss im Unterricht vermittelt und vor allem gelebt werden. Mit einer Verfassungsviertelstunde ist es längst nicht getan. >

# "Politische Bildung in der Schule ist mehr als ein Unterrichtsfach. Es ist Prinzip aller Fächer."

mmer häufiger kommt es zu Zwischenfällen an Schulen, die Zeugnis für die Empfänglichkeit junger Menschen für die Ideologien der Neuen Rechten und von Rechtsextremen sind: der Hitlergruß auf dem Abschlussfoto der Klassenfahrt, Hakenkreuz-Schmierereien auf der Schultoilette, menschenfeindliche Äußerungen im Klassenzimmer oder rechtsextreme Memes, die in Klassenchats oder auf Social-Media-Plattformen geteilt werden.

Slogans wie "die Jugend wählt rechts" oder "Rechtsruck der Jugend", wie sie zuletzt nach den Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern immer wieder zu lesen waren, werden aber den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen nicht gerecht. Der Ruck ist kein Jugendphänomen. Das zeigen nicht zuletzt die Langzeitstudien zu politischen Einstellungen der Menschen in Deutschland wie beispielsweise die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und die Autoritarismus-Studie der Heinrich-Böll-Stiftung mit der Universität Leipzig.

Antisemitische, rassistische, homophobe, antifeministische und autoritäre Einstellungen sind längst kein Phänomen der vermeintlichen Ränder der Gesellschaft mehr, sie sind in der Mitte angekommen. Der rechtspopulistische und -radikale Ruck ist auch kein deutsches Phänomen. Populisten mit einer nationalistischen und antipluralistischen Agenda und einem autoritären Politikstil feiern weltweit Wahlerfolge.

Zurückzuführen ist diese Entwicklung womöglich auch auf die multiplen Krisenverhältnisse. Die Gleichzeitigkeit und Verwobenheit der Klimakrise, der Krise sozialer Ungleichheitsverhältnisse, der Wirtschaftskrise, aber auch der Kriege weltweit führen zu massiver Verunsicherung, Vertrauensverlusten und letztlich zu einer Krise der Demokratie. Verbunden mit den weitreichenden Transformationsprozessen in allen Lebensbereichen, können immer mehr Menschen den autoritären Versuchungen nicht widerstehen. Doch was bedeutet das für die Schule und die Lehkräfte in einer Demokratie?

# Menschenwürde, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit als zentrale Werte

Politische Bildung in der Schule ist mehr als ein Unterrichtsfach. Es ist Prinzip aller Fächer und Kernelement des demokratischen Bildungsauftrages, der in Deutschland in den meisten Bundesländern, so auch im Freistaat Bayern, Verfassungsrang hat. An die politische Bildung und damit gegenüber allen Lehrkräften und weiteren Verantwortlichen im Bildungssystem wird immer wieder der Anspruch formuliert, neutral zu sein – als sei es möglich, über den politischen Konflikten und den Radikalisierungsprozessen in unserer Gesellschaft zu schweben und sich jeder Position zu enthalten. Neutralität ist keine Haltung, sondern



eine Absage an Haltung. Sie blendet aus, dass jede Beschäftigung mit Wissen bereits in einem politischen Raum stattfindet, der von Machtverhältnissen und normativen Grundannahmen durchzogen ist. Wer vorgibt neutral zu sein, läuft Gefahr, blinde Flecken zu übersehen und sich der kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Realitäten und Machtverhältnissen zu entziehen. Gerade im Bereich politischer Bildung wäre das fatal, soll sie doch dazu befähigen, Differenzen auszuhalten, Konflikte auszutragen und Kritik-, Urteils- und Handlungsfähigkeit zu aktuellen Fragen zu entwickeln.

Neutralität ist nicht mit Überparteilichkeit zu verwechseln. Überparteilichkeit verlangt nicht, sich jeder Bewertung zu enthalten, sondern sie soll im Rahmen einer demokratischen Wertorientierung die Offenheit für unterschiedliche Positionen gewährleisten. Sie stellt zudem sicher, dass Bildungsprozesse nicht von parteipolitischen Interessen gelenkt werden, sondern dass sie pluralistisch und kritisch bleiben. Das bedeutet: Überparteilichkeit dient nicht dazu, zentrale Prinzipien wie Menschenwürde, Pluralismus oder Rechtsstaatlichkeit infrage zu stellen. Vielmehr schafft sie einen Raum, in dem genau diese Grundwerte als Ausgangspunkte kontroverser Diskussionen verhandelt werden können.

# Illusion der Neutralität untergräbt demokratische Prinzipien

Es geht dabei schließlich auch um eine reflektierte Parteilichkeit für Demokratie – eine bewusste Haltung, die sich weder in parteilichen Agenden noch in pseudoneutralen Rückzügen verliert. Eine politische Bildung, die überparteilich arbeitet, ist transparent über ihre Grundannahmen und bezieht klar Stellung. Sie tut dies, indem sie nicht vorgibt, die "Wahrheit" zu lehren, sondern aufzeigt, wie Wahrheitsansprüche in der Demokratie kontrovers verhandelt werden. Damit setzt sie auf die Mündigkeit der Lernenden und die Fähigkeit, sich selbst in der Komplexität politischer Prozesse zu orientieren. Zu reflektieren, welches Wissen in diesen Prozessen mit welchen Zielen mobilisiert wird, besonders dann, wenn von einzelnen Akteurinnen und Akteuren wissenschaftliche Evidenzen verneint werden. Im sogenannten "Beutelsbacher Konsens" wird dies bereits seit 1976 als Anforderung an Bildungsprozesse formuliert, wenn es heißt, dass es nicht erlaubt sei, Lernende "an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern".

Die Illusion der Neutralität verschleiert genau diese Perspektive und gefährdet so schlimmstenfalls sogar die Grundlagen der politischen Bildungsarbeit. Wer neutral bleibt, wenn demokratische Prinzipien und die Mündigkeitsansprüche von Bür-

gerinnen und Bürgern herausgefordert werden, bleibt nicht unbeteiligt, sondern ermöglicht es jenen, die genau diese Prinzipien untergraben wollen, den Lern- und Erfahrungsraum zu verengen oder gar zu zerstören.

# Gerontokratie hemmt Einflussperspektiven junger Leute

Der demokratische Bildungsauftrag wird in der Schule unter anderem durch Unterrichtsfächer wie "Politik und Gesellschaft" sowie durch die schulische Querschnittsaufgabe und die nonformale Jugend- und Erwachsenenbildung realisiert. Die Einführung einer Verfassungsviertelstunde im Freistaat Bayern markiert den grundsätzlichen Anspruch, mehr für politische Bildung in der Schule zu tun. Aber ist eine wöchentliche Kurzbefassung mit Demokratie und Heimatkunde, bei aller guter Absicht, ausreichend?

Auch in Bayern bleibt schulformübergreifend nach wie vor zu wenig Zeit dafür, dass Schülerinnen und Schüler relevante Themen zu den Grundlagen der demokratischen Gesellschaft, der Europäischen Union, der regionalen, bundesweiten und globalen Herausforderungen und Krisen nicht nur vermittelt bekommen, sondern Fragen demokratischer Zukunftsgestaltung gemeinsam diskutieren und auch tatsächlich eine eigene Position entwickeln und artikulieren, sich womöglich sogar selbst in Gestaltungsprozesse einbringen können.

Die überalterte deutsche Gesellschaft entwickelt sich zu einer Gerontokratie, junge Menschen können kaum realistische politische Einflussperspektiven entwickeln und es besteht die Gefahr, dass auch sie sich der Demokratie am Ende entfremden. Dennoch fokussieren wir uns in der Bildungspolitik noch immer auf Kanondiskussionen und verbinden dies nicht selten mit längst überholten Vorstellungen von Bildung. Aktuell wird das deutlich an der öffentlichen Debatte um die von Schülerinnen und Schülern und einigen Bildungsverbänden geforderte Abschaffung der Stegreifaufgabe.

# SMV und politische Bildung für alle Lehrkräfte stärken

Schulen in einer demokratischen Gesellschaft dürfen nicht beschränkt werden auf die Qualifikationsfunktion und eine Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt. Demokratie kann nicht (nur) vermittelt werden, indem vermeintlich kanonisierbares Wissen reproduziert wird. In den Fokus muss vor allem der umfassende demokratische Bildungsauftrag als zentrale Funktion der Schule rücken. Viele junge Menschen leiden auch an zunehmender

Vereinsamung. Für sie ist Schule in besonderer Weise ein zentraler Ort von Vergesellschaftung. Deshalb müssen sie diesen Ort und den sozialen Nahraum gemeinsam mitgestalten und sich als junge Demokratinnen und Demokraten sowie als politische Subjekte erleben dürfen.

Damit verbunden ist zweifellos die Notwendigkeit, politische Bildung als Unterrichtsfach auszubauen, zum anderen sind Erfahrungsräume für politisches Lernen und Handeln auch außerhalb des Fachunterrichts zu etablieren. Das kann zum Beispiel durch die verbindliche Einführung von projektorientiertem Lernen mit Fokus auf gesellschaftspolitische Fragestellungen wie Nachhaltigkeit und Rassismus geschehen.

Ein wichtiger Schritt kann auch die Stärkung der Schülermitverantwortung (SMV) sein. Dazu wäre etwa ein eigenes Budget für die SMV an allen Schulen einzuführen. Zudem wäre das Schulgesetz entsprechend zu überarbeiten. Es sieht noch immer vor, Ordnungsaufga-ben auf die SMV zu übertragen. Klassensprecherinnen und Klassensprecher sind aber nicht der verlängerte Arm der Klassenleitung oder gar der Schulleitung. Werden sie auf diese Aufgabe reduziert, kann das, empirisch belegt, zu Frustrationserfahrungen führen.

Die Jugendforschung kommt, wie zuletzt die Autorinnen und Autoren der Shell Jugendstudie, zu folgenden Schlüssen: Toleranz ist nach wie vor ein wichtiger Wert für junge Menschen; das Vertrauen in die Demokratie als Regierungsform ist nach wie vor hoch; das politische Interesse und die Bereitschaft, sich mit politischen Fragen zu befassen, sich gar zu engagieren,

steigt sogar an. Junge Menschen informieren und engagieren sich vermutlich immer häufiger im digitalen Raum, weil die Schule ihnen Freiräume für kritisch-analytisches Denken und gesellschaftliches Handeln nur unzureichend eröffnet. Darauf kann und muss mit mehr politischer Bildung und der Eröffnung neuer Erfahrungsräume auch in der Schule reagiert werden.

Die Einführung der Verfassungsviertelstunde ist ein Schritt mit Signalwirkung für die Stärkung der politischen Bildung. Damit die potenziell eröffneten politischen Lern- und Erfahrungsräume nicht wie ein Strohfeuer verpuffen, braucht es parallel zur Einführung dieses Formates einen weiteren Ausbau von (auch digitaler) Fort- und Weiterbildung im Bereich politischer Bildung für alle Lehrkräfte und die Etablierung von Formaten politischer Bildung als verbindliche Elemente demokratischer Schulentwicklung, die fest im Schulalltag verankert werden. Es darf nicht bei diesen ersten Schritten und einem 15-minütigen Schlaglicht auf Demokratie bleiben. //

"Schule ist ein Ort von Vergesellschaftung. Junge Menschen müssen sich als politische Subjekte erleben dürfen."







# "Auf das Mindset





v.l.n.r.

#### Antje Radetzky, 50,

Leiterin der Abteilung Berufswissenschaft und Rektorin der Grund- und Mittelschule Kiefersfelden

#### Franziska Funk, 31,

Grundschullehrerin am Landheim Schondorf und Doktorandin am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaften München

#### PD Dr. Katharina Eckstein, 42.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Pädagogische Psychologie der Universität Jena und derzeit Vertretung der Professur für Lehr-Lernpsychologie an der Universität Duisburg-Essen.

# kommt es an"

Gespräch über die Wichtigkeit von Demokratieerziehung, den Umgang mit Hindernissen und fruchtbare Methoden >



"Wir sollten die digitale Welt als Lebensraum einer neuen Generation wahrnehmen und in den Unterricht einbeziehen."

Franziska Funk

"Es sind Gänsehautmomente zu merken, wie die Kinder wachsen, wenn sie sich wirklich ernst genommen fühlen."

Antje Radetzky

"Es braucht Lehrende, die den Diskurs unterstützen und ihre Neutralitätspflicht nicht falsch interpretieren."

Katharina Eckstein

bayerische schule: Demokratieerziehung ist das Gebot der Stunde. Sie drei setzen sich intensiv dafür ein, dass da mehr passiert als derzeit im Curriculum gefordert ist. Was treibt Sie zu Ihrem Engagement?

Franziska Funk: In der Grundschule hat es viel zu lange geheißen: "Die Kinder sind ja noch so klein, die müssen das noch nicht können". "Demokratie und Gesellschaft", Lernbereich eins im Fachlehrplan HSU, ist der einzige Bereich, in dem das konkret angeschnitten wird. Ansonsten in den fächerübergreifenden Bildungszielen, aber die werden im Alltag leider oft zur Nebensache. Ich habe daher in meiner Zeit als Dozentin das Bedürfnis entwickelt, Studierende und Lehrkräfte zu politisieren, sie aufmerksam darauf zu machen, welch hohen Stellenwert sie im Zusammenhang mit unserer Demokratie haben. Auch Schülerinnen und Schüler sollten erkennen, dass sie politisch wirksam sein können. Dazu sollen, müssen und dürfen besonders sie Demokratie aber in ihrem Alltag erleben. Das ist eine anstrengende Aufgabe, aber es ist mein Herzensthema. Antje Radetzky: Ein Herzensanliegen ist das Demokratielernen auch mir, und das hat mit meiner Rolle als studierte Grundschullehrerin und Mutter von drei, inzwischen erwachsenen. Kindern zu tun: Die durften damals so gar nicht mitreden, was ihr Lernen und Schule betrifft. Kinder und Jugendliche werden immer noch viel zu wenig ernst genommen, es wird ihnen zu wenig zugehört und zugetraut. Als Lehrerin und Schulleiterin habe ich wiederum festgestellt, dass erst Demokratielernen und Selbstwirksamkeitserleben alles andere ermöglicht, was doch so wichtig ist, vor allem die Bildung für nachhaltige Entwicklung. Man kommt sonst schnell in die Haltung: "Das bewirkt doch alles gar nichts."

Dr. Katharina Eckstein: Das Thema demokratische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen begleitet mich schon sehr lange in meiner Forschungstätigkeit. Da Schule so ein markanter Lern- und Entwicklungskontext ist, interessiert mich dabei vor allem die Frage, inwiefern schulische Erfahrungen junge Menschen prodemokratisch beeinflussen können. In aktuellen Projekten untersuche ich gemeinsam mit Kolleg:innen zum Beispiel wie sich populistische Einstellungen im Jugendalter formen. Wir wollen klären, was Populismus eigentlich ist, was junge Menschen darunter verstehen – und wie Schule dem entgegenwirken kann.

#### Und zu welchen Schlüssen sind Sie gekommen?

**Eckstein:** Gerade mit Blick auf populistische Haltungen, wissen wir noch immer nicht viel über die genaue Rolle von Schule. Der sogenannte Anti-Elitismus ist aber zum Beispiel ein wesentliches Element auch von populistischen Narrativen oder

anderen antidemokratischen Einstellungen. Und auf diese Einstellungen kann Schule durchaus einen Einfluss haben. Dafür ist unter anderem das Erleben von Demokratie im Kleinen eine wichtige Ausgangsbasis. Also in der Schule zu merken: "Ich kann meine eigene Meinung äußern, ich werde dazu ermutigt", kritisches Nachdenken wird wertgeschätzt und ernst genommen.

### Diese weichen Faktoren wiegen schwerer als der Unterricht selbst?

Eckstein: Tatsächlich wird in der Forschung häufig differenziert zwischen dem, was einerseits in formalem Unterricht passiert, welche Inhalte mit welcher Frequenz, mit welchen Lehrmethoden vermittelt werden, und was anderseits alles außerhalb des Curriculums vermittelt wird, etwa durch das Miteinander oder durch Partizipationsstrukturen. Wir wissen: Beide Bereiche zeigen Effekte. Unterricht vor allem dann, wenn er gut gemacht ist. Und im Schulleben macht es für einzelne Schülerinnen und Schüler durchaus einen Unterschied, ob sie den Schulkontext als mehr oder wenig demokratisch wahrnehmen.

## Was bedeutet das für Sie dann konkret in der Praxis an der Schule, Frau Radetzky, Frau Funk?

Radetzky: An meiner vorherigen Schule haben wir demokratische Schulentwicklung stark betrieben: Klassensprecher ab der ersten Klasse, Klassenrat in allen Klassen. Jeden Monat eine Versammlung mit den Klassensprechern, von diesen selbst geleitet, genau wie beim Klassenrat. Später wurden die Ergebnisse in der Schulversammlung allen vorgestellt. Es waren Gänsehautmomente in meinem Schulalltag, wenn ich gemerkt habe, wie die Kinder daran wachsen, wenn sie sich wirklich ernst genommen fühlen. Sie hatten tolle Ideen und waren sehr engagiert, ihre Ideen umzusetzen. Insgesamt wurde es ein viel besseres Miteinander. An meiner neuen Schule etablieren wir in diesem Sinne gerade erst mal die Erfahrung in der Schülerschaft, dass es sich lohnt mitzureden. Und als Leiterin der Abteilung Berufswissenschaft im BLLV will ich solche Erkenntnisse in die Breite tragen. Die Handreichung "Demokratie lernen von klein an" legen wir gerade neu auf (vgl. Seite 37).

Funk: Es ist die größte Aufgabe von Lehrerinnen und Lehrern, dass sie Räume schaffen, in denen Kinder und Jugendliche gesehen werden. Nur das kann verhindern, dass sie sich Parteien und Personen zuwenden, von denen sie angeblich gesehen werden. Ich habe den Klassen- und Grundschulrat eingeführt und erlebe jeden Tag in kleinen Situationen, wie die Kinder sich emanzipieren und sagen "Das möchte ich aber jetzt diskutieren", oder "Lass uns das abstimmen". Sie bekommen so Strategien an die Hand, die ihnen helfen, sich selbst zu erfahren und auch ihre Gefühle zu äußern und zu kanalisieren. Dieses Adressieren des Selbst - auch das trägt dazu bei, dass Demokratie lebendig sein darf. Ein positiver Side-effect: deutlich weniger Störungen im restlichen Unterricht.

Radetzky: Der Soziologe Aladin Al-Mafaalani hat einmal gesagt: "Jemand, der sich angenommen und willkommen fühlt, der ist schwer zu radikalisieren." Dinge wie der Klassenrat oder die "warme Dusche" (vgl. Seite 36) fördern demokratische Schulentwicklung, weil man eben lernt, die eigenen Bedürfnisse wahrzunehmen und zu äußern. Und dann zu fragen: Wo sind die Werte des anderen?

Eckstein: Gleichzeitig sehen wir, dass Schulen vor großen Herausforderungen stehen – etwa im Umgang mit der Rolle sozialer Medien, die einen erheblichen Einfluss auf die politische Meinungsbildung ausüben können. Es strömt viel auf junge Menschen ein, auch beiläufig. Sie bekommen gar nicht mit, dass das politisch ist, aber genau das verstärkt populistische Narrative – dieses Vereinfachen von Gut und Böse, einfache Antworten auf komplexe Fragen.

### Wie hoch schätzen Sie die Chance ein, dass Schule dem etwas entgegensetzen kann?

Eckstein: Eine ganze Reihe von empirischen Studien zeigen, dass das Erleben eines demokratischen Schulkontextes sich positiv auswirkt auf prodemokratische Einstellungen, auf Toleranz, auf politisches Wissen. Wir sehen auch, dass Lehrenden dabei eine zentrale Rolle zukommt, wie Frau Funk vorhin bereits deutlich gemacht hat. Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen wird die Förderung eines kritischen Bewusstseins bei jungen Menschen umso wichtiger. Wie unterscheide ich Fake News von wirklichen Fakten? Wann kann ich eine Aussage wirklich ernst nehmen? Selbst uns Erwachsenen fällt es oft schwer, immer kritisch reflektiert ranzugehen. Doch wo, wenn nicht in der Schule, können junge Menschen dafür sensibilisiert werden - gerade auch jene aus Familien, in denen selten oder nicht prodemokratisch über Politik gesprochen wird?

# Und wie kommen wir an diese Jugendlichen und ihre Fami-

Funk: Ich war neulich mit ein paar Schülerinnen und Schülern der Politik AG im Landtag. Dort haben wir darüber diskutiert, warum die AfD besonders junge Leute anzieht. Ganz einfach: Sie sind die am breitesten digital aufgestellte Partei. Sie vereinen auf X, Instagram, YouTube, TikTok und Facebook 2,6 Millionen Fans, wie das eine Grafik auf statista aus dem letzten Jahr belegt. Die Leute da abholen, wo ihre Lebenswelt ist, nämlich > digital in Shorts, lächerlich verkürzt, radikal, simpel. So funktioniert Populismus. Wir sollten als Schule anfangen, die digitale Welt als Lebensraum einer neuen Generation wahrzunehmen und sie auch in unseren Unterricht einzubeziehen. Wir dürfen zum Beispiel TikTok nicht ignorieren, wir müssen aufklären, hinterfragen und analysieren, um Fehlvorstellungen aufzubrechen (S. 52/BNE). Wenn die ältere Generation sich weiterhin nicht auf Social Media einlässt, dann kriegen wir diese Politikverdrossenheit nicht in den Griff.

Radetzky: Richtig, Medienkompetenz ist auch Demokratiekompetenz. Wenn ich die Funktionsweise von Algorithmen nicht verstehe, dann habe ich keinen Blick dafür, wie Social Media mir eine eigene Welt formt.

# Da kommt auf die Schulen aber auch wieder eine große Aufgabe zu $\dots$

Funk: ... und schon wieder auf die Schulleitungen. Wenn Sie, Frau Radetzky, das alles in ihrer Schule machen, dann machen Sie das zusätzlich. Sie sollen Ihre Schule leiten, selbst unterrichten – und jetzt sollen Sie auch noch das gesamte System demokratisieren. Der Staat als Arbeitgeber ist da schon ganz schön rigide. Warum stellt er keine zusätzlichen Demokratiebeauftragten oder Schulentwicklerinnen und -entwickler in den Schulen? Schon wieder steht und fällt das mit den Schulleitungen. Die haben aber nicht 24/7 Energie für das alles.

Radetzky: Tatsächlich brauchen wir für die Demokratieerziehung mehr Zeit und Rückhalt von unserem Dienstherrn. Eine gewisse Demokratieverdrossenheit ist aber auch teilweise durch die Politik selbst verursacht: Wenn zum Beispiel eine Schülerin eine Petition gegen unangekündigte Exen startet, weil sie demokratisch handeln will, und dann der Ministerpräsident ein Machtwort spricht und einfach alles vom Tisch fegt – das ist doch eine Ohrfeige für jeden, der versucht, sich irgendwie demokratisch zu verhalten. Und auf der anderen Seite wird dann eine Verfassungsviertelstunde eingeführt.

# Frau Eckstein, Sie haben ja die Außenperspektive auf das System – welche Form von Unterstützung braucht Schule für diese Aufgabe?

Eckstein: Wie Frau Radetzky sagt: Es braucht vor allem Zeit. Es sind ja immer mehr Aufgaben, die Schule bewältigen soll. Diese Unterstützung beginnt oft im Kleinen, im Alltäglichen. Manchmal reicht es schon wahrzunehmen, dass in der Welt etwas passiert, das thematisiert werden sollte. Schule muss zur Kontroversität anregen, zur Meinungsbildung, zum Meinungspluralismus. Dafür braucht es Lehrende, die den Diskurs unterstützen und ihre Neutralitätspflicht nicht falsch interpretieren.

Und darauf müssen wir Lehrkräfte schon in der Ausbildung vorbereiten – crosscurricular, nicht nur im Fach Politik.

# Selbst wenn wir die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte für die Demokratieerziehung verstärken, führt das noch nicht zu diesem demokratischen Engagement, auf das Sie drei so sehr drängen.

Eckstein: Auf das Mindset kommt es an. Ist man reflektiert und schaut, was bringe ich mit? Wo komme ich her, wo will ich hin? Kann ich mir auch selbst Fehler eingestehen? Das ist eine ganz wesentliche Kompetenz Lehrender. Man sollte es regelrecht trainieren, reflektiert ranzugehen. Reflexion ist ja ein wesentlicher Baustein auch für die persönliche Weiterentwicklung. Es braucht ein günstiges Klima im Kollegium mit all den sozialen Dynamiken. Als Einzelkämpfer hält man das nicht lange durch, weil das zu viele Ressourcen braucht.

Radetzky: Genau das ist doch unser wunder Punkt. Selbst wenn ich als Schulleitung meinem Kollegium sage: "Ich stehe hinter euch, nur zu, probiert dieses oder jenes aus!" Dann herrscht immer noch zu oft die Angst, die Schulaufsicht könnte irgendwas dagegen haben. Das wird bei der Verfassungsviertelstunde deutlich: Viele sind verunsichert: "Was soll ich da jetzt machen?" Ich habe meinen Lehrkräften gesagt: "Wenn ihr in eurer Klasse jede Woche den Klassenrat abhaltet, übererfüllt ihr die Vorgabe doch sogar. Nehmt euch Zeit und sprecht über aktuelle Themen!" Wie soll ich denn den Kindern beibringen, dass sie mutig sein sollen, dass sie eine Haltung entwickeln und dazu stehen sollen, wenn ich selber das nicht kann, weil ich Angst vor meinem Dienstherrn, vorm System oder vor der Beurteilung habe?

# Machen wir's zum Schluss ganz konkret: Welche Hilfen empfehlen Sie den Lehrkräften?

Funk: Zum Beispiel das SMV-Portal des ISB (smv.bayern.de). Da findet sich viel Material, das Schülerinnen und Schülern, aber auch Kolleginnen und Kollegen hilft, sich theoretisch breiter aufzustellen. Im Klassenzimmer lässt man vielleicht erst mal nur den Muggelstein rumgehen und fragt: "Was wünschst du dir für den Tag heute?" Oder man macht eben die "warme Dusche". Für solche Kleinigkeiten braucht man keine extra Fortbildung.

Eckstein: Ich veranstalte in meinen Kursen zum Einstieg gerne ein Brainstorming und frage: "Wie fanden Sie Ihren Politikunterricht? Was war gut oder weniger gut?" Da werden diese Momente bewusst, in denen etwas wirklich erfahrbar wurde. Gerade bei politischen, demokratischen Themen braucht es den Alltagsbezug, denn "gehört ist nicht gleich gelernt". Ein

spannendes Konzept, das schulisches Lernen mit praktischen Erfahrungen verbindet ist das Service Learning, in Deutschland "Lernen durch Engagement" genannt (siehe bs # 6 2019, S. 35). In Metastudien konnte nachgewiesen werden, dass Service Learning nicht nur positive Effekte auf die schulische, sondern auch auf die politische Entwicklung junger Menschen hat. So konnte eine Studie beispielsweise zeigen, dass vor allem junge Menschen, die von vornherein wenig Interesse hatten, sich politisch zu engagieren, von so einer Service Learning Initiative profitiert haben.

Radetzky: Auf der Homepage des BLLV haben wir viel Material dazu, zum Beispiel Broschüren mit Tipps und Umsetzungsmöglichkeiten, wie wir sie hier gerade austauschen. Es braucht aber immer den Mut, etwas auszuprobieren, den Lehrplan mal so zu lesen, wie er gedacht ist. Am besten man tauscht sich mit Kolleginnen und Kollegen darüber aus. Meine Erfahrung ist: Je mehr ich mir als Lehrkraft zutraue, desto mehr trauen sich auch die Schülerinnen und Schüler selbst zu. Also: Nur Mut! Da hat der Personalmangel doch ein Gutes: Wer soll uns was anhaben – sie brauchen uns. //

Das Gespräch führten Steve Bauer und Chris Bleher



### Umfrage zum Thema Rechtsruck

Der Rechtsruck fordert auch unser Bildungssystem heraus. Welche Veränderungen braucht es in Schulen und Hochschulen? Nehmen Sie an einer Umfrage der Studierenden im BLLV teil und helfen Sie mit, ein aktuelles Stimmungsbild zu erfassen.

Sie sind dabei? Dann scannen Sie den nebenstehenden QR-Code oder nutzen Sie den Link unten:



bllv.de/2025-demokratiebildung



## Wie weit dürfen Lehrkräfte gehen?

"Demokratie", "Politik", "Schule" – die Kombination dieser Stichworte wirft oft Fragen auf: Dürfen Lehrkräfte überhaupt politisch aktiv sein und Stellung beziehen? Müssen sie es vielleicht sogar? Was hat es mit diesem "Neutralitätsgebot" auf sich? Und was steht dazu eigentlich im Gesetz? Solche Fragen beantwortet Folge 39 des Bildungsblicks.

Gesprächsgast Tarek Zaibi ist Lehrer und trat zur Bundestagswahl 2025 im Wahlkreis Göttingen für die Partei "Volt" erstmals als Direktkandidat an.

Bildungsblick ist der Podcast des BLLV, in dem mit verschiedensten Gesprächspartner\*innen über die vielfältigen Aspekte von Bildung gesprochen wird. It

#22 Demokratieerziehung – ein wichtiges Bildungsziel

#14 Schulfach Glück - Schülerpersönlichkeit stärken

#26 Außerschulische Lernorte – KZ Gedenkstätte Dachau

# 31 Prof. Dr. Karim Fereidooni – Rassismus an Schulen

#39 Zwischen Tafel & Politik: Was steht Lehrkräften zu?

Hören Sie direkt rein in die Folgen über Ihre Podcast-App wie Spotify, Apple Podcast, Deezer etc.







# Wenn Demokratie auf dem Spiel steht

Demokratielernen und Gemeinschaft fördern, dafür gibt es zahlreiche Übungen und Spiele, die sich leicht in den Unterricht einbauen lassen. Voraussetzung ist immer, dass Sie als Lehrkraft eine demokratische Haltung einnehmen und die Schülerinnen und Schüler wirklich partizipieren und mitbestimmen lassen. Warum nicht auch bei der Entscheidung über Lerninhalte oder Lernzeiten? Seien Sie kreativ und probieren Sie gemeinsam aus. Wenn sich die Kinder oder Jugend-

lichen wertgeschätzt und ernst genommen fühlen, fühlen sie sich wohl und als Teil der Gemeinschaft. So können sie auch besser lernen. Jede Schule kann auf spielerische Weise zu einem "Ort der Demokratie" werden, wie Bundespräsident Steinmeier es 2023 forderte. Und auch Sie werden sich wohler fühlen und neue Freude am Unterrichten haben. Hier ein kleines Potpourri an Möglichkeiten. Viel Erfolg und Freude beim Ausprobieren! »

**Warme Dusche** – Diese Methode ist das einfachste Mittel, um die Gemeinschaft zu fördern und eine positive Grundstimmung zu erzeugen. Es ist für jede Jahrgangsstufe geeignet, erfordert nicht mehr als zwei bis fünf Minuten Zeit und bewirkt enorm viel.

**Und so geht's:** Ein Kind darf sich vorn auf einen Stuhl setzen, alle anderen sagen nacheinander etwas Konkretes, Positives über dieses Kind. Hilfreich sind Satzstarter wie: "Du bist einzigartig, weil ..." oder "Danke, dass du ..." Mit etwas Übung fällt den Schülerinnen und Schülern zu jedem etwas Gutes ein. Da profitiert nicht nur das Kind vorn auf dem Stuhl von den Komplimenten.

Positionslinie – Dieses Format eignet sich bestens, um Schülerinnen und Schülern spielerisch zu zeigen, dass man mit Mut im wahrsten Sinne des Wortes Position beziehen kann und dass Meinungsbildung ein dynamischer Prozess ist. Es fördert gleichzeitig kritisches Denken, Dialogbereitschaft und Offenheit für unterschiedliche Perspektiven.

**Und so geht's:** Die Teilnehmenden positionieren sich entlang einer imaginären Linie, die verschiedene Standpunkte zu einer Fragestellung anzeigt. Durch den Austausch mit anderen sowie das Hinzufügen neuer Informationen können die Mitspielenden ihre Position überdenken und gegebenenfalls ändern.

Klassenrat – Dieses zentrale Element des Demokratielernens verbessert das Lern- und Klassenklima nachhaltig und ermöglicht störungsfreieres Lernen. Es bietet einen strukturierten Rahmen, um eigenverantwortlich über Störungen, Konflikte oder Klassenangelegenheiten zu sprechen und Lösungen zu finden.

Und so geht's: Im Klassenrat übernehmen die Kinder feste Rollen, zum Beispiel als Moderator oder Regelwächter, während die Lehrkraft sich nach und nach zurücknimmt und lediglich begleitet. Die wöchentlichen Sitzungen fördern Empathiefähigkeit, wertschätzende und konstruktive Kommunikation und das Übernehmen von Verantwortung. Durch die aktive Einbindung aller entsteht ein respektvoller Umgang, der die Gemeinschaft und dadurch auch den Lernerfolg verbessert sowie Lehrkräfte im Alltag spürbar entlastet.

**Werte-Reisekoffer** – Dieses Format von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit ermöglicht eine spielerische Wertebildung und fördert Kompetenzen für ein demokratisches Miteinander. Es eignet sich gleichermaßen für Tugendliche und Erwachsene.

Und so geht's: Im Koffer finden die Kinder eine Landkarte, einen Reisepass und drei tierische Begleiter. Mit diesen Hilfen begeben sie sich auf eine Reise ins "Land der Werte". Statt fester Definitionen entwickeln sie eigene Wertvorstellungen. So lernen sie, Dialoge über Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu führen und Rücksicht zu üben.

**Der Kanzlersimulator** – Bei diesem interaktiven Browserspiel schlüpfen die Mitspielenden in die Rolle des Bundeskanzlers. Die Simulation eignet sich spätestens ab der 7. Klasse und kann flexibel an Vorwissen und Unterrichtsziele angepasst werden.

Und so geht's: Die Mitspielenden treffen Entscheidungen zu Gesetzgebung, Krisenmanagement und Regierungsbildung. So lernen sie die Herausforderungen und Prozesse der Demokratie kennen, stärken ihre Entscheidungskompetenz und entwickeln Verantwortungsbewusstsein. Mit aktuellen Themen, realistischen Szenarien und Reflexionsphasen wird politisches Interesse geweckt und Verständnis für komplexe Zusammenhänge gefördert.

**Lernen durch Engagement (LdE)** – Dieses Format verbindet fachliches Lernen mit sozialem Engagement und schafft eine praxisnahe Lernerfahrung. Es fördert fachliche Kompetenzen sowie zugleich Verantwortungsbewusstsein, Empathie und Teamfähigkeit.

Und so geht's: Schülerinnen und Schüler wählen ein gemeinnütziges Projekt, das inhaltlich mit dem Unterricht verknüpft ist und für das sie sich starkmachen wollen. Das kann zum Beispiel eine Umweltaktion sein oder eine soziale Initiative. Die praktische Umsetzung des Gelernten stärkt die Motivation und zeigt den Kindern und Jugendlichen, wie sie durch eigenes Handeln gesellschaftlich wirksam werden können. LdE macht Lernen sinnstiftend und lebensnah. //



### Die wöchentlichen Sitzungen fördern die Empathiefähigkeit und eine wertschätzende, konstruktive Kommunikation.



### Aus der Praxis für die Praxis

Ganz konkret wird es in der Neuauflage der Handreichung des BLIV. Diese stellt Ihnen – diesmal in hybrider Form – einige leicht umsetzbare Formate und Methoden zum Demokratielernen vor, die Sie anhand der Anleitung sofort ausprobieren können. Die Broschüre wird auf einer Webseite um weitere Ideen, Videos und vieles mehr ergänzt – ganz nach dem Motto: aus der Praxis für die Praxis. Die Handreichung liefert für jede Methode oder Übung eine kurze Beschreibung des Formats, die Zielsetzung, einen Überblick sowie die konkrete Anleitung und Tipps zur Umsetzung.

Die PDF-Version der Broschüre finden Sie unter bllv.de/demokratiepaedagogik/von-klein-an oder hier direkt per Scan.





### Für die Demokratie

Es könnte doch so einfach sein: Unterrichten, wie zu Zeiten meiner Großeltern – vorne steht der Lehrer, der die Ansagen macht, die Schülerinnen und Schüler sitzen in Reih und Glied und geben nur etwas von sich, wenn sie dazu aufgefordert werden. Manchen mag ein solches Bild aus früheren Zeiten sympathisch erscheinen. Da hatte man noch die Kontrolle. Kritisches Denken und Hinterfragen? Fehl am Platz.

Auch wenn früher natürlich nicht alles schlecht war – besser war es auch nicht immer. Ich bin froh, dass heute mehr Leben im Klassenzimmer und in der Schule ist. Die Kinder und Jugendlichen wollen und dürfen Fragen stellen, auch unbequeme. Denn das Tempo in dieser Welt um sie herum hat rasant zugenommen. Auf allen möglichen digitalen Kanälen werden sie von so vielen Eindrücken und Informationen geradezu bombardiert, all dem können sie sich nicht entziehen.

Und was sollen sie nun machen mit all dem, was diese Dinge in ihnen auslösen? Was bedeutet es denn, dass in Deutschland Neuwahlen stattgefunden haben? Wie wirkt sich die Präsidentschaft von Trump in den USA auf uns aus? Muss ich Angst um meine Freunde haben, wenn eine Partei in Deutschland Menschen mit Migrationshintergrund "remigrieren" will? Solche Fragen beschäftigen die Gesellschaft tagtäglich. Und selbstverständlich auch die Kinder und Jugendlichen.

Und jetzt? Was machen wir Lehrerinnen und Lehrer mit all diesen wichtigen und sehr berechtigten Fragen in einem Alltag, der geprägt ist von Personal- und Ressourcenmangel? Ein Alltag, in dem immer wieder Lehrkräfte von Eltern oder Dritten außerhalb der Schule angegangen werden, wenn sie sich zu sehr für Demokratie und Menschenwürde einsetzen. In dem Lehrkräfte sich rechtfertigen müssen, wenn sie kritische politische Fragen mit den Schülern diskutieren. In dem Lehrkräfte aufgrund schlechter Erfahrungen vielleicht lieber all diese Themen aussparen, weil sie berechtige Sorge vor wie auch immer gearteten Konsequenzen haben müssen. Das darf ja wohl nicht wahr sein! All dies hätte ich noch vor einiger Zeit für nicht möglich gehalten.

Ich stelle mich als BLLV-Präsidentin vor alle Kolleginnen und Kollegen, die die Demokratie in Bayern hochhalten – trotz des Rechtsrucks. Alle Lehrerinnen und Lehrer müssen die Möglichkeit haben, die Kinder und Jugendlichen zu bilden, zu unterrichten und zu erziehen – zu Demokraten. Dazu sind wir laut Verfassung verpflichtet. Und wir als BLLV haben uns 2016 mit dem Manifest: HALTUNG ZÄHLT ganz klar für Demokratie und Menschenwürde positioniert. Davon rücken wir keinen Millimeter ab, unabhängig von jeglicher gesellschaftlichen Stimmung oder von politischen Mehrheitsverhältnissen.

Auch aus unserer 200-jährigen Geschichte heraus haben wir die Verantwortung und Verpflichtung, jeden Tag aufs Neue die Demokratie zu schützen und zu stärken. Dies ist für uns als BLLV nicht verhandelbar. Auch wenn früher manches vermeintlich einfacher gewesen sein mag: Es bringt nichts zu lamentieren. Wir brauchen die volle Rückendeckung der politisch Verantwortlichen bei all dem, was wir gegenwärtig erleben und für das, was womöglich noch nötig sein wird. Für unsere Haltung stehe ich persönlich ein – für alle Lehrerinnen und Lehrer. //



einstehen.

# VIR LEHRERINNEN UND LEHRER

UND VIELE PÄDAGOGEN BEOBACHTEN MIT GRÖSSTER SORGE, WIE SICH DIE STIMMUNG, DIE KOMMUNIKATION IN DEN SOZIALEN NETZWERKEN UND DIE ALLTÄGLICHEN UMGANGSFOR-MEN IN UNSERER GESELLSCHAFT VERÄNDERN. WIR

**T** EINE AGGRESSIVITÄT, EINE SPRACHE DES HASSES, DER

DISKRIMINIERUNG, PERSÖNLICHE BELEIDIGUNGEN, BEWUSSTE KRÄNKUNGEN UND AUSGRENZUNG IN WORT UND HANDELN. DIESE

## ROHUT

DES UMGANGS MITEINANDER WIRKT SICH AUCH AUF UNSERE KINDER UND JUGENDLICHEN AUS. ALS LEHRERINNEN UND LEHRER, DIE TÄGLICH MIT ALLEN KINDERN UND JUGENDLICHEN

### DIESER GESELLSCHAFT WIR UNS DESHALB

IN DER PFLICHT, AUF DIESE ENTWICKLUNG HINZUWEISEN UND IHR ENTGEGENZUWIRKEN.

IN ARTIKEL 1 DES DEUTSCHEN GRUNDGESETZES HEISST ES: "DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR. SIE ZU ACHTEN UND ZU SCHÜTZEN IST VERPFLICH-TUNG ALLER STAATLICHEN GEWALT."

WIR LEHRERINNEN UND LEHRER SEHEN DIESEN GRUNDKONSENS BEDROHT. WIR BEOBACHTEN, WIE UNSERE GESELL-SCHAFT GESPALTEN UND MENSCHEN EMOTIONAL AUFGEHETZT WERDEN SOLLEN. EXTREME GRUPPIERUNGEN UND PERSONEN, INSBESONDERE REPRÄSENTANTEN DER RECHTSPOPULISTEN UND RECHTSEXTREMEN, TRAGEN ZU DIESER VERROHUNG DES UMGANGS MASSGEBLICH BEI. DAMIT WIRD DER BODEN BEREITET FÜR ZWIETRACHT, VERFOLGUNG UND PHYSISCHE GEWALT. HASS, AGGRESSIONEN UND ANGST ABER ZERSTÖREN GEMEINSCHAFT – EGAL OB IM KLASSENZIMMER, IN DER SCHULE ODER ZWISCHEN DEN NATIONEN EUROPAS. SACHLICHE UND RESPEKTVOLLE KONTROVERSEN, WIE WIR SIE IN DER GESELLSCHAFT UND IM PRIVATEN LEBEN BRAUCHEN, WERDEN DADURCH ZUNEHMEND ERSCHWERT.

## WIR WOLLEN,

DASS UNSERE KINDER IN EINER WELTOFFENEN GESELLSCHAFT LEBEN. UNSERE KINDER SOLLEN RESPEKT, WERTSCHÄTZUNG UND INTERESSE FÜR DIE ANDEREN MENSCHEN ERLEBEN UND LEBEN – UNABHÄNGIG DAVON, WELCHER RELIGION SIE ANGEHÖREN, WELCHE HAUTFARBE SIE HABEN, WELCHE MUTTERSPRACHE SIE SPRECHEN UND WELCHE MEINUNG SIE VERTRETEN. ALS BESORGTE LEHRERINNEN UND LEHRER APPELLIEREN WIR DESHALB AN ALLE.

### UNSERE GESELLSCHAFT

VOR SPALTUNG, BRUTALITÄT, RÜCKSICHTSLOSIGKEIT UND RADIKALISIERUNG ZU

### SCHUTZEN

KRATIE ZU BEWAHREN. LASSEN WIR UNS NICHT EINSCHÜCHTERN UND SETZEN WIR UNS SELBSTBEWUSST UND KOMPROMISSLOS EIN.

### FÜR UNSERE DEMOKRATIE: HALTUNG ZÄHLT.



# Vollabgefahren

Eine kleine Gemeinde übernimmt für ihre Grundschule die Aufsicht an den Bushaltestellen. Als sich niemand mehr für diese Aufgabe findet, hat der Bürgermeister eine einfache Lösung: Der Schulleiter soll die Lehrkräfte bitten, den Job "übergangsweise" zu übernehmen. Aber gehört die Busaufsicht überhaupt zu den Pflichten von Lehrkräften? Die Rechtsabteilung klärt auf.

### Der Fall

Die Kinder einer Grundschule im südlichen Mittelfranken sind auf die Linienbusse ihrer kleinen Gemeinde angewiesen. Morgens stimmt der Fahrplan noch gut mit dem Unterrichtsbeginn der Schule überein, mittags jedoch ergeben sich erhebliche Wartezeiten. 40 Minuten sind es etwa nach Ende der 4. Stunde, nach der 6. Stunde immerhin noch 30 Minuten. Für diese Zeiträume stellt die Gemeinde eine eigene Busaufsicht. Als sich nach den Sommerferien aber niemand mehr für diese Aufgabe findet, kommt der Bürgermeister auf die Idee, man könne sie doch an die Lehrkräfte "outsourcen". Der Schulleiter stimmt zu, die Kolleginnen und Kollegen sind wegen der immensen Mehrarbeit verstimmt.

Dies erst recht, weil einige Lehrkräfte mit Unterrichtsverpflichtung an mehreren Standorten für den Wechsel sofort nach der 4. Stunde losfahren müssen. Somit können die Lasten nicht vernünftig auf alle Schultern verteilt werden: Wer da ist, ist dran, egal ob man schon Pausenaufsicht gehabt hat, ob die Schule schon aus ist oder ob man schlicht selbst eine Pause braucht. Es kommt sogar vor, dass Lehrkräfte die Aufsicht am Schulbus parallel zu ihrem Unterricht leisten sollen.

### Begriffsfragen

Bevor man den Fall beurteilen kann, muss man zwei Sachverhalte unterscheiden: Da ist zum einen die Fahrt zur Schule beziehungsweise von dort nach Hause, wenn das Kind entsprechend den Regelungen des Schulwegkostenfreiheits-

gesetzes (Art. 2 Abs. 1 SchKfrG) mehr als drei Kilometer von der Schule entfernt wohnt. Diese Strecken werden als "Schulweg" bezeichnet – im Unterschied zu sogenannten "Unterrichtswegen". Das sind Strecken, die im Laufe des Schultages zwischen Unterrichtsstätten zurückgelegt werden müssen, etwa im Rahmen des Sportunterrichts die Fahrt mit dem Bus von der Schule zum nächstgelegenen Schwimmbad und zurück. Die sprachliche Unterscheidung rührt daher, dass die Unterrichtswege der schulischen Aufsicht unterliegen, der Schulweg aber "Privatsache" ist.

### Der Unterrichtsweg

Unterrichtswege unterliegen voll umfänglich der schulischen Aufsicht. Beispiel: Eine Schwimmlehrkraft hat bereits in den ersten beiden Stunden Unterricht im Bad und müsste nach der Pause nur auf die nächste Klasse warten. Die Schule darf nun nicht bestimmen, dass die eine Klasse ohne Begleitung mit dem Bus zurückfährt und die nächste von der Schule zum Bad befördert wird. Der Busfahrer ist keine Aufsichtsperson, die Schule muss (!) mindestens eine Person als Begleitung für die Fahrt zu Verfügung stellen. >

<sup>\*</sup>Leiter der Abteilung Recht

### Der Schulweg

Auf dem Schulweg, also auf dem direkten Weg zur Schule und zurück (ohne Umweg über den Schreibwarenladen oder die Imbissbude), unterliegen Schülerinnen und Schüler dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung gem. §8 Abs. 2 Satz 1 SGBVII (Siebtes Buch Sozialgesetzbuch). Demnach besteht Versicherungsschutz für "das Zurücklegen des mit der versicherten Tätigkeit zusammenhängenden unmittelbaren Weges nach und von dem Ort der Tätigkeit". Ist das Kind in der Schule angelangt, beginnt deren Aufsichtspflicht, die unter anderem in §5 LDO und §22 BaySchO geregelt ist.

### Die Rechtslage

Ein Punkt ist immerhin eindeutig: Ist eine Lehrerin oder ein Lehrer im Unterricht, kann sie oder er - anders als in unserem Fallbeispiel – parallel keine Busaufsicht leisten. Das leitet sich klar aus § 5 Abs. 1 Satz 3 LDO ab: "Insbesondere hat die Lehrkraft spätestens von Beginn des Unterrichts an im Unterrichtsraum anwesend zu sein und von diesem Zeitpunkt an während der gesamten Dauer des von ihr erteilten Unterrichts, erforderlichenfalls bis zum Weggang der Schülerinnen und Schüler, die Aufsicht zu führen." Wenn ich Unterricht habe, bin ich also für die Schülerinnen und Schüler der zu unterrichtenden Klasse zuständig. Im Notfall ein Auge auf eine Klasse nebenan zu werfen, ist möglich (siehe bs #5 2024), keinesfalls aber kann ich zugleich im Klassenraum und an der Bushaltestelle sein. Dies müssen die Lehrkräfte der Schulleitung nur zur Kenntnis bringen. Hielte die Schulleitung ihre Weisung zur Aufsichtsführung am Bus aufrecht, übernähme sie auch die Verantwortung.

Schwieriger ist die Frage, wie die Schülerinnen und Schüler während der Wartezeit beaufsichtigt werden können. Viele glauben, dass sich die Antwort aus der Unterscheidung ergibt, ob die Bushaltestelle innerhalb oder außerhalb des Schulgeländes liegt. In der Bayerischen Schulordnung heißt es nämlich, die Dauer der Beaufsichtigung (durch die Schule im Allgemeinen) geht "bis zum Verlassen des Schulgeländes" (§ 22 Abs. 1 Satz 2 BaySchO). Findige Köpfe, meist aus den Gemeindeverwaltungen, lesen dies so, dass Kinder – solange sie innerhalb des Schulgeländes warten und dieses nicht verlassen – damit auch nach Unterrichtsende noch der schulischen Aufsicht

unterliegen. Wie lange diese Wartezeit ist, spielt in deren Augen dann keine Rolle.

Dies trifft auf Buskinder aus zweierlei Gründen nicht zu (anders als zum Beispiel auf solche, die sich während des Nachmittagsunterrichts auf dem Gelände aufhalten): Erstens würde eine Beaufsichtigung über einen Zeitraum von einer halben Stunde und mehr faktisch eine unzulässige Arbeitszeiterhöhung darstellen. Zweitens ist diese Beaufsichtigung, egal ob innerhalb des Schulgeländes oder außerhalb, Aufgabe der Kommune.

Dies geht bereits aus der finanziellen Zuständigkeit hervor, geregelt im Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz: "Zum Schulaufwand der Grundschulen, Mittelschulen und der Förderschulen gehört auch die notwendige Beförderung der Schülerinnen und Schüler auf dem Schulweg" (Art. 3 Abs. 4 Satz 1 BaySchFG) sowie "Der Staat gewährt den Gemeinden, Schulverbänden, Landkreisen und Bezirken Finanzhilfen nach Maßgabe des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes zu der notwendigen Beförderung der Schülerinnen und Schüler an Grundschulen, an Mittelschulen und an Förderschulen auf dem Schulweg." (Art. 5 Abs. 2 BaySchFG)

Eindeutiger formuliert es jedoch eben dieses Bayerische Finanzausgleichsgesetz. Darin werden den Kommunen explizit Mittel für Beaufsichtigung zur Verfügung gestellt: "Zu den Kosten der notwendigen Beförderung gehören auch die notwendigen Kosten der Beaufsichtigung der Schüler im Schulbus und während der Wartezeiten in der Schulanlage außerhalb des stundenplanmäßigen Unterrichts" (Art. 10a Abs. 1 BayFAG).

### **Fazit**

Die Gemeinde hat die Beaufsichtigung während der Wartezeit auf den Schulbus zu gewährleisten. Wie sie das macht, entzieht sich dem Einflussbereich der Schule. Ob man den Hausmeister der Schule als städtischen Bediensteten dazu verpflichtet, andere Mitarbeiter der Gemeinde damit betraut oder sich Ehrenamtliche sucht, die den Job übernehmen, ist der Kommune überlassen und auch deren ureigene Aufgabe. Klar ist jedenfalls, dass die Lehrkräfte für die Aufsicht am Schulbus nicht verpflichtet werden können. //

#### bllv.de/rechtsschutz



Andreas Rewitzer\*

# Klarstellung Zur Reaktion des KM auf unseren Artikel zur Schülerakte

In der bayerischen schule #1 2025 haben wir uns der Weitergabe von Schülerakten gewidmet. Ziel war, die Unsicherheiten der schulischen Praxis auszuräumen, die dazu geführt haben, dass die Schülerunterlagen gelegentlich aus datenschutzrechtlichen Bedenken heraus vor der Weitergabe regelrecht "geräumt" wurden. In unserem Beitrag bezogen wir uns auf ein Telefonat mit einem Mitarbeiter des Kultusministeriums und zitierten ihn sinngemäß mit der Feststellung, dass es sich nach dem Bedarf der aufnehmenden Schule richte, was weitergegeben werden muss.

Das KM sah sich sodann veranlasst, den Sachverhalt zu reflektieren und zu betonen, "dass beide Schulen (sowohl aufnehmende als auch abgebende Schule) gemeinsam prüfen, ob, und wenn ja, welche Unterlagen zusätzlich zum obligatorischen Schülerstammblatt und dem Schullaufbahnbogen (inkl. Anlagen) ggf. noch nötig sind." Für Konfliktfälle legt das KM fest: "Sollten hier unterschiedliche Auffassungen bestehen, liegt die Entscheidung bei der Schulaufsicht."

Beide Punkte sind aus unserer Sicht kein grundlegender Widerspruch zu unserer Darstellung. Dass Schulen sich absprechen müssen, steht außer Frage, denn nur dadurch kann die abgebende Schule überhaupt erfahren, was die aufnehmende Schule an Unterlagen haben will. Und dass die letztendliche

Entscheidung bei der Schulaufsicht liegt, wenn sich die Schulen nicht einigen können, erscheint auch nur sachlogisch.

Die Hinweise aus dem KM zeigen vielmehr, dass die Thematik keinesfalls so eindeutig geregelt ist, wie man es dort annimmt. Rückmeldungen dazu von Kolleginnen und Kollegen an die Rechtsabteilung (wie im Artikel zitiert) belegen, dass Schulen sehr unterschiedlich verfahren und sich in vielen Fällen der tatsächlichen Regelungen gar nicht vollumfänglich bewusst sind.

### Das "Ausmisten" der Akten untersagen

Wir meinen daher: Es ist an der Zeit, auf dem Verordnungswege klarzustellen, dass die Schülerakten, wie früher üblich, grundsätzlich in vollem Umfang weitergegeben werden sollten, um leidige Diskussionen hinsichtlich des Datenschutzes sowie der Wertigkeit und Wichtigkeit der in den Schülerunterlagen abgelegten Informationen zu unterbinden. Insbesondere das von einzelnen Schulen betriebene "Ausmisten" der Akten sollte durch eine klare Weisung untersagt werden. Der BLLV wird den Prozess weiter kritisch-konstruktiv begleiten. //

\*Leiter der Abteilung Recht



# Wenn das eigene Kind erkrankt

Welche Möglichkeiten der Freistellung vom Dienst haben verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer, wenn das eigene Kind krank geworden ist? Diese Frage treibt viele um, wie die häufigen Anfragen an die Abteilung Dienstrecht und Besoldung zeigen. Eine gesetzliche Neuerung hat neue Fakten geschaffen. Ein Überblick.

Grundsätzlich gilt: Eine Dienstbefreiung zur Betreuung eines kranken Kindes ist dann möglich, wenn das Kind das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder es behindert und auf Hilfe angewiesen ist. Ebenso kann eine Dienstbefreiung gewährt werden, wenn es um die Begleitung eines solchen Kindes zu einer stationären Behandlung geht. Geregelt sind diese Fragen in §10 der Bayerischen Urlaubs- und Mutterschutzverordnung (UrlMV).

Im April 2024 wurde der Paragraf allerdings aktualisiert. Am Grundprinzip hat sich zwar nichts geändert, doch die neue Regelung orientiert sich am Tarifbereich. Das bedeutet: Die Ansprüche im Beamtenbereich werden gegenüber den Ansprüchen im Tarifbereich um 20 Prozent gekürzt. Begründet wurde dies mit der Tatsache, dass Tarifbeschäftigte in einem solchen Fall lediglich Krankengeld statt des normalen Gehaltes bekommen und bei Beamtinnen und Beamten das Gehalt in normaler Höhe weiterbezahlt wird.

### Fortbezahlung der Dienstbezüge

Voraussetzung für die Dienstbefreiung ist in jedem Fall ein ärztliches Zeugnis, das bestätigt, dass die Lehrkraft zur Beaufsichtigung, Betreuung oder Pflege ihres erkrankten Kindes dem Dienst fernbleiben muss, weil keine andere in ihrem Haushalt lebende Person diese Aufgaben übernehmen kann. Das ärztliche Attest muss erst ab dem vierten Kalendertag der Erkrankung vorgelegt werden, kann aber in begründeten Fällen auch eher verlangt werden.

Die Dienstbefreiung unter Fortbezahlung der Dienstbezüge im Beamtenbereich kann dann innerhalb festgelegter Höchstgrenzen gewährt werden. So besteht innerhalb eines Kalenderjahres für jedes Kind die Möglichkeit einer Dienstbefreiung für maximal zwölf Arbeitstage. Bei Alleinerziehenden erhöht sich der Umfang auf höchstens 24 Arbeitstage. Bei mehr als zwei Kindern besteht die Möglichkeit der Dienstbefreiung pro Kalenderjahr für insgesamt 28 Tage. Auch hier sind die Möglichkeiten für Alleinerziehende doppelt so hoch, umfassen also 56 Tage. Zuständig für die Dienstbefreiung zur Betreuung eines kranken Kindes ist stets die Schulleiterin oder der Schulleiter.

### Ausnahme unbezahlte Freistellung

Erfordert die Erkrankung des Kindes eine weitergehende Dienstbefreiung, kann dies in Form einer unbezahlten Freistellung gemäß § 13 UrlMV (Sonderurlaub) geschehen. Allerdings ist auch da der zeitliche Umfang eng begrenzt. So kann die unbezahlte Freistellung lediglich je Kind für drei weitere Tage, höchstens aber insgesamt für sieben Tage bei mehreren Kindern erfolgen. Auch hier gibt es wieder die Sonderregelung für Alleinerziehende, die je Kind sechs Arbeitstage und insgesamt bei mehreren Kindern maximal 14 Tage freigestellt werden können. Die Besoldung wird für diese Tage anteilig gekürzt. Natürlich sind diese Tage dann auch nicht ruhegehaltsfähig. Für die Genehmigung von Sonderurlaub ist bei Grund-, Mittel- und Förderschulen sowie beruflichen Schulen die Regierung, bei Realschulen und Gymnasien das Kultusministerium zuständig. //

<sup>\*</sup>Leiter der Abteilung Dienstrecht und Besoldung

# Verhandlungen zum TV-L Und es betrifft uns doch!

Mit Beginn des Jahres 2025 sind auch wieder die Tarifverhandlungen für den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TvöD) gestartet. Die Forderungen der Arbeitnehmerseite, also auch unseres Dachverbandes dbb beamtenbund und tarifunion, liegen bei einer Erhöhung der Tabellenentgelte um acht Prozent, mindestens jedoch 350 Euro. Gefordert werden darüber hinaus drei zusätzliche freie Tage für Gewerkschaftsmitglieder, die Einrichtung eines Langzeitarbeitszeitkontos, über das die Beschäftigten eigenständig verfügen können, und die Erhöhung der Entgelte für Auszubildende um mindestens 200 Euro monatlich.

Die dritte Verhandlungsrunde fand vom 14. bis zum 16. März in Potsdam statt, also kurz nach dem Druck dieser Ausgabe der bayerischen schule. Inzwischen könnte es bereits zu einem Tarifergebnis gekommen sein. Wenn nicht, kann ein Schlichter angerufen werden, der dann einen Vorschlag an die Verhandlungsparteien geben würde. So oder so: Der BLLV wird das Ergebnis sofort auf seiner Homepage veröffentlichen.

Von den Ergebnissen dieser Verhandlungen werden über 2,5 Millionen Tarifbeschäftigte bei Bund und Kommunen direkt betroffen sein. Indirekt betroffen sind aber auch die Beamtinnen und Beamten beim Bund, da auch dieses Mal wieder das Ergebnis wirkungsgleich auf den Bundesbeamtenbereich übertragen werden sollte.

1

Was haben diese Tarifverhandlungen eigentlich mit uns Beschäftigten an Bayerns Schulen und dem BLLV zu tun?

Wir an Bayerns Schulen sind Beschäftigte des Freistaats Bayern und fallen nicht unter den TVöD. Im BLLV ist von den Verhandlungen zum TVöD lediglich die Fachgruppe Sozial- und Erziehungsdienst betroffen, sie vertritt die Interessen der Erzieherinnen und Erzieher, aber auch aller Pädagoginnen und Pädagogen im Sozial- und Erziehungsdienst. Die Angestellten an unseren Schulen, ob Lehrerinnen und Lehrer, Verwaltungsangestellte, Drittkräfte, Brückenbaukräfte oder Schulassistenzen, fallen unter den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst

der Länder (TV-L). Die Tarifverhandlungen für den TV-L finden erst wieder im Herbst 2025 statt..



### Sind die Verhandlungen zum TVöD also für uns nicht interessant?

Doch, auch diese Verhandlungen sind wichtig für uns, wir sollten sie unterstützen. Denn so, wie Tarifverhandlungen in anderen Wirtschaftsbereichen Signalwirkung auf alle anderen Tarifbereiche haben, hat der TVöD eine Signalwirkung auf die Verhandlungen für den TV-L. Das erzielte Ergebnis für den Bund und die Kommunen wird auch die Verhandlungen für die Länder beeinflussen. Von daher sollten uns die Verhandlungen im Bereich des TVöD stark interessieren.



### Beamtinnen und Beamte haben gar keinen Tarifvertrag – sind die Verhandlungen für sie daher nicht völlig irrelevant?

Nein, auch das Ergebnis der Verhandlungen um den TV-L soll ebenso wie beim TVöD und den Bundesbeamten wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten der Länder und damit auf die verbeamteten Lehrerinnen und Lehrer an den bayerischen Schulen übertragen werden. Es ist also auch für die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen von großer Bedeutung, wie die Tarifverhandlungen sowohl für den TVöD als auch für den TV-L laufen. Wir alle, ob Angestellte oder Beamte, sollten also die Tarifverhandlungen zu den Tarifverträgen nicht nur beobachten, sondern unsere Verhandlungspartner, in unserem Fall unsere Dachorganisation dbb beamtenbund und tarifunion, bei den Verhandlungen unterstützen. Egal ob TVöD oder TV-L, was dort verhandelt wird, geht uns alle an. hr

bllv.de/dienstrecht

### Neue Besoldungstabelle – gültig seit 01.02.2025

Lineare Erhöhung um 5,5 Prozent, Zahlen gemäß Gesetzentwurf vom 08.02.2024

### Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besol-	2-Jahres-Rhythmus			3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
dungs- gruppe				Stufe							
		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
А3		2.784,00	2.838,44	2.892,86	2.947,28	3.001,74	3.056,15	3.110,58	3.165,00		
Α4		2.853,40	2.917,53	2.981,59	3.045,67	3.109,74	3.173,80	3.237,85	3.301,91		
A5		2.889,32	2.953,03	3.016,80	3.080,53	3.144,28	3.208,04	3.271,81	3.335,56		
A6		2.960,92	3.030,87	3.100,86	3.170,89	3.240,89	3.310,89	3.380,86	3.450,83		
Α7		3.074,21	3.162,29	3.250,36	3.338,45	3.426,57	3.489,42	3.552,32	3.615,26		
A8		3.150,76	3.263,61	3.376,52	3.489,37	3.602,28	3.677,52	3.752,74	3.828,00	3.903,25	
Α9		3.294,99	3.415,45	3.535,90	3.656,39	3.776,84	3.859,66	3.942,49	4.025,30	4.108,12	
A10		3.537,12	3.691,45	3.845,84	4.000,18	4.154,52	4.257,41	4.361,70	4.466,94	4.572,23	
A11			4.045,29	4.203,44	4.363,04	4.524,84	4.632,67	4.740,57	4.849,48	4.959,50	5.069,49
A12				4.527,30	4.720,21	4.915,43	5.046,61	5.177,76	5.308,94	5.440,11	5.571,28
A13					5.247,58	5.460,02	5.601,65	5.743,29	5.884,96	6.026,59	6.168,25
A14					5.612,74	5.888,22	6.071,93	6.255,61	6.439,27	6.622,96	6.806,64
A15						6.445,94	6.688,31	6.930,61	7.172,96	7.415,30	7.657,60
A16						7.104,54	7.384,84	7.665,13	7.945,38	8.225,65	8.505,91

### Zulagen (Monatsbeträge in Euro)

Lehrer		Schulleiter						
Lehrer A12 + AZ		Rektor, Konrektor / Zweiter Konrektor / Seminar- / Beratungsrektor A13 + AZ		Konrektor				
Studienrat im Förder- schuldienst A13 + AZ	304,86	Rektor / Sonderschulrektor / Sonderschulkonrektor / Zweiter Sonder- schulkonrektor A14 + AZ	249,15	(> 360 Schüler) A13 + AZ	321,72			
Strukturzulage (z.B. FöL)	111,85							

Zusammenstellung: Hans Rottbauer, Dietmar Schidleja, Gerd Nitschke, Knut Schweinsberg

### Orts- und Familienzuschlag (Monatsbeträge in Euro) seit 01.02.2025

Ortsklasse	Stufe L (ledig)	Stufe V (verheiratet)	Stufe 1 (1 Kind)	Stufe 2 (2 Kinder)	zzgl. für das 3. Kind	zzgl. je weiterem Kind
I						
II			337,46	493,00	482,05	577,10
III		85,11		527,70	496,51	623,23
IV			360,56	562,38	511,42	669,83
V		109,41	383,64	597,06	526,76	716,84
VI		133,73	406,73	674,02	542,57	764,33
VII	165,59	165,59	531,08	763,33	558,33	812,28

Zusammenstellung: Knut Schweinsberg, Hans Rottbauer, Dietmar Schidleja





### Inspiration für den Kunstunterricht durch die Seminare vom Kinderkunsthaus!

Die Kunstkurse, ein Angebot der BLLV-Akademie und ihres Kooperationspartners Kinderkunsthaus München, machen Spaß und motivieren, im Kunstunterricht neue Ideen mit den Kindern umzusetzen. So lobt eine Teilnehmerin die "vielen Praxisanregungen für den Kunstunterricht, abwechslungsreiche Materialien, vielfältige Gestaltungsanregungen"; eine andere die "sehr guten Referentinnen, perfekte Organisation und entspannte Atmosphäre". Neben Präsenz-Seminaren bietet die BLLV-Akademie auch Online-Seminare an









#### ONLINE-SEMINARE

2025 □ 03

MONTAG, 07.04.2025

Neue Wege für den Kunstunterricht. Modul I: **Malen und Zeichnen** 

Praxiserprobte Gestaltungstechniken für die Grund- und Förderschule

In dieser kunstpädagogischen Online-Fortbildung experimentieren Sie mit Mal- und Zeichentechniken, die neben der praktischen Vermittlung von Gestaltungstechniken kreatives Handeln der Schüler\*innen fördern.

2025 🗅 04

MONTAG, 19.05.2025

### Modul II: Drucktechniken

In dieser kunstpädagogischen Online-Fortbildung laden wir Sie ein, mit verschiedenen Drucktechniken zu experimentieren. Die ausprobierten Techniken lassen sich ohne großen Zeit- und Materialaufwand in Ihren Kunstunterricht integrieren.

2025 🗅 06

MONTAG, 23.06.2025

### Modul III: Dreidimensionales und Collage

In dieser kunstpädagogischen Online-Fortbildung experimentieren Sie mit verschiedenen Gestaltungstechniken für dreidimensionale Objekte und Collagen, die neben der praktischen Vermittlung von Gestaltungstechniken kreatives Handeln der Schüler\*innen fördern.

Ausführliche Seminarausschreibungen sowie Anmeldung unter akademie.bllv.de oder per Scan

Für eine maßgeschneiderte Weiterbildung an Ihrer Schule informieren Sie sich bitte unter bllv.de/schilf über unser umfangreiches Angebot für Schulhausinterne Fortbildungen.



# Starker Service, starke Werte

Der BLLV-Wirtschafts- und Reisedienst bietet den Mitgliedern eine Vielzahl von Dienstleistungen, Versicherungen und Reiseangeboten an, die eigens auf die Bedürfnisse von Lehrkräften zugeschnitten sind. Von Diensthaftpflicht- über Kranken- und Altersvorsorgeversicherungen bis hin zu Reiseerlebnissen: Der Wirtschafts- und Reisedienst sorgt dafür, dass seine Mitglieder in allen Lebenslagen abgesichert sind und gemeinsam Schönes erleben. Beiträge und Leistungen, die passen müssen, sind das eine. Das andere sind demokratische Prinzipien wie Transparenz und Fairness, für die wir uns starkmachen.

Natürlich sind finanzielle Aspekte wichtig: Mitglieder sollen sich darauf verlassen können, dass sie optimal abgesichert sind. Doch das Konzept des Wirtschafts- und Reisedienstes geht über rein wirtschaftliche Interessen hinaus: Es zielt auf eine starke Gemeinschaft, in der man sich gegenseitig unterstützt und für gemeinsame Werte einsteht. Dazu gehört aus Sicht des BLLV-Wirtschaftsdienstes auch, sich öffentlich gegen Ausgrenzung und Radikalisierung zu positionieren. Je mehr Versicherer und Reiseveranstalter dies tun, desto besser.

Einige unserer Partner engagieren sich schon in dieser Hinsicht. Unter dem Hashtag #ZusammenGegenRechts bekennt sich etwa die R+V Versicherung klar zur freiheitlich demokratischen Grundordnung; die "Versicherungskammer Stiftung" zeichnet unter dem Motto "Demokratie (er)leben – im Ehrenamt" Menschen unter anderem in Bayern aus, die sich mit außergewöhnlichem Engagement für eine lebendige Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen.

Die gesellschaftliche Stimmung mag derzeit von Unsicherheit und Spaltung geprägt sein, doch entscheidend ist, sich auf die positiven Kräfte zu konzentrieren. Als Gemeinschaft von Lehrkräften, die nicht nur für Bildung, sondern auch für Werte wie Respekt und Toleranz eintreten, können wir ein starkes Signal setzen: Wir sind mehr. //



bllv-wd.de





Chris Bleher



### Bei euch tiktokt's wohl

Wie ein Nürnberger Gymnasium Demokratielernen mit Social Media verbindet as Schülergrüppchen marschiert auf die Kamera zu und skandiert: "Kin-der-rech-te, Kinder-rech-te!". Da kreuzen ein paar Jugendliche in Hoodys auf. Einer plärrt: "Verpisst euch, das bringt eh nix." Schnitt. Die Demonstranten beraten sich. Sie beschließen, einen Aufruf fürs Internet zu verfassen, um mehr Mitstreiter zu mobilisieren. Schnitt. Jugendliche mit Plakaten laufen am Schauplatz von vorhin durchs Bild, dazu die Stimme einer Erzählerin aus dem Off: "Über Nacht ging der Aufruf viral und viele Jugendliche demonstrierten gemeinsam für Kinder- und Jugendrechte in allen Ländern." Im Abspann der schriftliche Appell: "Demonstriert für eure Rechte. Setzt euch ein für die Demokratie!" Lockere Pointe: Ein Schüler springt hinter einem Baum hervor und setzt nach: ".... oder für die Umwelt!"

Das Besondere an diesem Einminüter für die Social-Media-Plattform TikTok ist weder ein Grimme-Preis-verdächtiges Drehbuch noch Oscarreifes Schauspiel, sondern der damit verbundene Rollenwechsel: Zum Start eines bayernweiten Pilotprojekts zur Demokratiebildung durch Social Media wurden die Schülerinnen und Schüler der 8b des städtischen Labenwolf Gymnasiums Nürnberg von Konsumenten zu Produzenten. In fünf Gruppen bestimmten sie eigenständig Themen. Neben dem Clip übers Demonstrieren setzten sie "Frauenrechte", "Umwelt", "Fake News" sowie "Demokratie und Parteien" in Szene; entwickelten ihr Storyboard, filmten, schnitten das Material, handwerklich angeleitet und im Storytelling beraten von externen Experten.

### Koop-Partner Tessloff und DigitalSchoolStory

Matthias Göller, Lehrer für PuG, Deutsch und Geschichte, betreute das TikTok-Projekt in den drei Wochen vor Weihnachten über 18 Unterrichtsstunden hinweg in Deutsch und Kunst. Den Erfolg misst der 43-Jährige weder in Noten noch an den ansehnlichen Ergebnissen, sondern am pädagogischen Nutzen. Die Schülerinnen und Schüler hätten sich bewusst gemacht, dass ja auch all diese unheimlich echt wirkenden Episödchen auf TikTok, Instagram oder YouTube, sogenannte Shorts oder Reels, "ausgedacht sind". Und mit einer bestimmten Absicht verbunden – vielleicht nicht immer der besten.

Solche Lerneffekte zu ermöglichen, hat sich das musische Gymnasium mit seinem umfangreichen BNE-Engagement zur erklärten Aufgabe gemacht. Dort legt man "besonderen Wert darauf, den Kindern und Jugendlichen Raum zu geben, die eigene Kreativität zu entwickeln und ausleben zu können", wie Schulleiter Harald Behnisch sagt, und dabei das Schulleben "partizipativ mitzugestalten, Engagement und Mitgestaltung zu

erlernen und so Selbstwirksamkeit zu erleben". In diesem Fall kooperierte die Schule mit dem Kinder- und Jugendsachbuchverlag Tessloff, der in einer Ausgabe seiner "Was ist was"-Reihe auch Demokratie erklärt. Experten des Bildungs-Start-ups DigitalSchoolStory (DSS) wiederum berieten den Lehrer und halfen der Klasse beim Entwickeln der Plots und bei der technischen Umsetzung. Dass dieser Dreh Kompetenz-Zuwachs bringt, hat das Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik dem gemeinnützigen Unternehmen bestätigt.

### Abstimmung gegen die unangekündigte Ex

Selbstwirksamkeit erlebt die Labenwolf-Schülerschaft nicht nur durch digitale Leuchtturmprojekte. Zehn Arbeitskreise (AK) entwickeln und organisieren Ideen und Formate. Der AK Politik zum Beispiel die "Politische Pause". Externe Experten halten in der 50-minütigen Mittagssession einen knappen Vortrag zum gewählten Thema, dann wird diskutiert. So war im Herbst Stadträtin Cornelia Trinkl zu Gast. Die Leiterin des Schulreferats der Stadt Nürnberg musste sich unter anderem kritischen Fragen im Zusammenhang mit der Petition einer Gymnasiastin zur Abschaffung der unangekündigten Ex stellen. Schließlich hatte Ministerpräsident Söder, Parteikollege der CSU-Stadträtin, in Schüler- und Lehrerkreisen für Unmut gesorgt, als er die urdemokratische Initiative nonchalant abbügelte.

Als wirkmächtig konnten sich die Labenwolf-Gymnasiasten dennoch fühlen: Die SMV stellte über das Schulforum einen Antrag an die Lehrerkonferenz, die Exen an der eigenen Schule abzuschaffen. In den Fachschaften wurde der Wunsch diskutiert – man sprach sich mehrheitlich für den Verzicht aus. Und macht nun "gute Erfahrungen damit", wie Göller findet. Wichtig ist ihm, dass Projekte wie die "Politische Pause" über den klassischen Unterricht hinausgehen, Noten keine Rolle spielen, und die Kinder und Jugendlichen ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen finden, formulieren – und realisieren können.

Natürlich bietet auch der Unterricht vielfältige Möglichkeiten, Politik und die eigene Lebenswelt zu reflektieren. So stellte Göller im Deutschunterricht beim Lehrplaninhalt "Argumentieren" das Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige zur Debatte, das in Australien gerade erlassen worden war. Sie sahen sich ein Tagesschau-TikTok dazu an und Göller war gefasst auf mehrheitliche Ablehnung des Gesetzes nach dem Motto: "Geht ja gar nicht!" Doch mehr als die Hälfte der Klasse habe sich in einer Abstimmung für das Verbot ausgesprochen. Und das Bedürfnis nach mehr Information und Hintergrund war geweckt.

"Social Media drücken sehr herein in die Lebenswirklichkeit der Schule", sagt der Lehrer. So habe in einer 10. Klasse vor



### "Gerade diese Plattform ist zu präsent im Leben der Kinder, als dass man sich als Lehrer da komplett raushalten könnte."

Weihnachten eine Schülerin aufgebracht erzählt, was sie gerade in einem TikTok über die Spendengala "Ein Herz für Kinder" gesehen hatte. Fußballstar Toni Kroos habe nach eigener Aussage 100.000 Euro gespendet, Söder gerade mal 2.000. Im Unterricht stand gerade "Wahlkampf" auf der Tagesordnung, und so sahen sie sich den Beitrag in der Klasse an. Hätten sie im Unterricht nicht darüber gesprochen, was die Aufgabe von Politik und von Politikern sei, sagt Göller, hätten sie nicht auch die Einkommensverhältnisse hinterfragt, es wäre hängen geblieben: "Politiker sind verdammt herzlos" – und "das Vertrauen in das demokratische System hätte gelitten".

### Hilfreiches ISB-Format "Wie tickt TikTok?"

Die vielfältige Auseinandersetzung mit TikTok hatte auch für Lehrer Göller einen Lerneffekt: Gerade diese Plattform ist zu präsent im Leben der Kinder, als dass man sich als Lehrer da komplett raushalten könnte. Hilfreich fand er daher eine digitale Fortbildung des ISB: Eine Journalistin des BR sprach 90 Minuten pointiert zum Thema "Wie tickt TikTok?". Göller will sich nun sogar ein zweites Handy anschaffen, von dem aus er auf den Social-Media-Kanälen und damit in der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler surfen könne.

Begeistert von der Vielfalt der Demokratiebildung an diesem Gymnasium zeigt sich Schulreferentin Trinkl: "Wir hoffen sehr, dass wir die DigitalSchoolStory an noch weiteren Nürnberger Schulen ermöglichen können." Am Labenwolf Gymnasium haben sich schon Nachahmer gefunden: Auch Göllers 9.-Klass-Kollege verwandelte seinen Deutschunterricht über mehrere Wochen hinweg in einen Drehbuch-Workshop. //

### PAKT-PARTNER Das Bildungswerk für Schülervertretung und Schülerbeteiligung e.V.

Das Bildungswerk für Schülervertretung und Schülerbeteiligung e.V. (SV-Bildungswerk) mit Sitz in Berlin engagiert sich seit seiner Gründung im Jahr 2005 stark in der Demokratiebildung an Schulen. SV-Berater, oft erfahrene Schülervertreter, leiten Workshops und Seminare, die praktisches und theoretisches Wissen über demokratische Prozesse vermitteln. Diese Bildungsangebote zielen darauf ab, Jugendliche aktiv in die Gestaltung ihres schulischen und sozialen Umfelds einzubinden sowie durch Peer-to-Peer-Ansätze Engagement und Selbstwirksamkeit zu fördern.

Die angebotenen Methoden stärken soziale Kompetenzen wie Teamarbeit und Verantwortung und bereiten Schülerinnen und Schüler darauf vor, als mündige Bürger in einer demokratischen Gesellschaft zu agieren. Darüber hinaus motivieren die interaktiven Lernumgebungen die Jugendlichen, kritisch über ihre Rolle in der Gesellschaft nachzudenken und sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Die Webseite des SV-Bildungswerks (sv-bildungswerk.de) bietet umfangreiche Materialien wie Leitfäden, Seminarunterlagen und Checklisten, die Lehrkräfte bei der Integration der Demokratieerziehung in den Schulalltag unterstützen. Diese Ressourcen sind anpassbar an verschiedene Bildungskontexte und fördern aktives, selbstgesteuertes Lernen. Zusätzlich zu den Bildungsangeboten für Schülerinnen und Schüler bietet das Bildungswerk spezielle Programme zur Lehrerfortbildung in den Methoden der Demokratieerziehung an. mm











Die spannende Schulaktion, die allen Spaß macht.

Jetzt informieren und anmelden unter:

www.ball-helden.de



Eine Initiative von





Unterstützt durch



### Noch sind Plätze frei!

### Einladung zur BallHelden-Aktion: Kicken für Kinder in Not

Die BallHelden-Aktion, eine Initiative des BLLV und des Bayerischen Fußballverbandes, verbindet die Freude am Helfen mit der Lust an der Bewegung. So wurde im vergangenen Schuljahr durch das Engagement von 7.794 kleinen und großen Heldinnen und Helden bei der bayernweiten BallHelden-Aktion die großartige Spendensumme von über 120.000 Euro erspielt.

### Machen auch Sie mit!

Nutzen Sie die umfangreichen kostenlosen Unterrichtsmaterialien und die BallHelden-Ausstattung (Leibchen, Fußbälle etc.), um eine Gemeinschaftsaktion an Ihrer Schule umzusetzen und dabei den Teamgeist und das soziale Engagement zu fördern. Am besten integrieren Sie die BallHelden-Aktion in ein Schulfest, einen Projekttag oder eine Projektwoche.

Die Schülerinnen und Schüler können an verschiedenen Stationen rund um das Thema Fußball Punkte sammeln, für die sie einen festgelegten Geldbetrag als Spende von ihren Sponsoren bekommen, die sie im Vorfeld gesucht haben. So verbinden wir sportliche Bewegung mit sozialem Engagement zugunsten einer guten Sache.

Dank der langjährigen Unterstützung durch die Bayerische wird zusätzlich jährlich das BallHelden-Gewinnspiel durchgeführt und dabei ein Trainingstag mit den Trainern der Löwen-Fußballschule verlost.

Melden Sie sich mit Ihrer Schulklasse oder der ganzen Schule für die BallHelden-Aktion an und lassen Sie uns gemeinsam ein Zeichen für Fairness und Solidarität setzen! es

Unter ball-helden.de/anmelden oder per Scan





### "Schule ist ein zentraler Ort für Integration"

Ein Abend mit Olaf Zimmermann\* über den Umgang mit Vielfalt und dem Rechtsruck Auf jedem Stuhl im Foyer der Landesgeschäftsstelle des BLLV lag ein weißes Heftchen mit dem Titel: "15 Thesen. Zusammenhalt in Vielfalt", herausgegeben von der der Initiative kulturelle Integration. Das Vorwort (kulturelle-integration.de) war gezeichnet von deren Sprecher, Olaf Zimmermann. Die Thesen waren die Grundlage seiner Ausführungen beim Kamingespräch des BLLV zum Thema Vielfalt (vgl. bs #6 2024).

Im Jahr 2017 wurden die Denkanstöße erstmals vorgelegt, die Neufassung stammt von 2023. Dazu Olaf Zimmermann im Vorwort: "Die aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verlangen von uns allen noch stärkere Integrationsanstrengungen". Simone Fleischmann warf zur Einführung in den

Abend Schlaglichter auf die aktuelle Situation und eben diese gesellschaftlichen Auseinandersetzungen: An den allgemeinbildenden Schulen in Bayern liege der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund bei 28,5 Prozent, an den Mittelschulen sogar bei rund 47 Prozent. "Zugleich sehen wir, dass junge Menschen sich immer offener für rechte und rechtsextreme Positionen zeigen." Dass dies auch am Wahlverhalten der jungen Generation sichtbar werde, sei "besorgniserregend".

### Was tun gegen Fremdenfeindlichkeit?

Umso drängender die Frage, welche Rolle Schule und Lehrkräfte übernehmen müssen. Dass es eine eminent wichtige Rolle ist, verdeutlichte Zimmermann zunächst anhand seiner eigenen Vita. Seine berufliche Karriere habe er einem Lehrer zu verdanken. Der habe seinen Eltern, Leuten aus dem Handwerk, klargemacht: "Dieser Junge muss weiter in die Schule gehen, der soll noch keine Ausbildung machen." Auf dem zweiten Bildungsweg kam Zimmermann dann zu einem Volontariat, wurde Kunsthändler und 1997 Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Dem fiel auf, dass die Hilfsbereitschaft, mit der 2017 die vielen Flüchtlinge aus Syrien empfangen wurden, bald in

eine Fremdenfeindlichkeit zu kippen drohte. Es wurde klar: Die deutsche Gesellschaft muss sich Gedanken darüber machen, was es braucht, damit Integration gelingt.

### Integration durch Bildung

Die Idee des Kulturrats: ein Wertekanon. Das Endprodukt: das weiße Büchlein. Zimmermann zitierte These 9, "Deutschland ist ein Einwanderungsland", und erklärte: "Die Gesellschaft hat die Kraft, migrierte Menschen zu integrieren." Dazu These 11: "Bildung schafft den Zugang zur Gesellschaft." Ein zentraler Ort für Integration sei die Schule. Deren Rolle werde "immer wichtiger werden". Integration müsse aber auch stattfinden bei Menschen, die bereits sehr lange in Deutschland leben. Angesichts des Rechtsrucks gerade bei jungen Menschen zeigte sich Zimmermann kämpferisch: "Darüber müssen wir reden, diskutieren, zivilisiert streiten und Haltung zeigen." Ih

### bllv.de/kamin-zimmermann



Melde dich jetzt an unter junger.bllv.de/projekte/junglehrkraeftewoche oder per Scan!



Dieter Reithmeier\*

### DIE VERTANE CHANCE – WIE EINE GROSSE REFORM DER LEHRERBILDUNG SCHEITERTE



1974 verabschiedet der Landtag mit großer Mehrheit ein wegweisendes Reformgesetz für die Lehrerbildung. Es soll durch die Einführung des Stufenlehrers eine neue Ära der Lehrerbildung einläuten. Doch die Gegner mobilisieren den Widerstand. >

s sind unruhige Zeiten am Beginn der 70er Jahre. Noch im Oktober des ausgehenden Jahrzehnts wird Willy Brandt Bundeskanzler – der erste sozialdemokratische Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik. Aufbruchsstimmung. "Mehr Demokratie wagen" – lautet das Motto des neuen Regierungschefs. Gleichzeitig herrscht Unruhe. Eine Gruppe Linksradikaler geht als Rote-Armee-Fraktion (RAF) in den Untergrund. Banken werden ausgeraubt, Bomben gelegt, Attentate ausgeübt. Deutschland ist im Aufruhr. Auch die Studenten gehen auf die Straße. Sie demonstrieren gegen verkrustete Strukturen und gegen die Selbstgefälligkeit des Bürgertums. Lautstark fordern sie eine Hochschulreform: "Unter den Talaren – Muff aus Tausend Jahren" ist ihr Kampfruf. Auch die Lehrerinnen und Lehrer fordern eine Reform ihrer Ausbildung.

In diese Zeit fällt eine heftige und kontroverse Diskussion um die Zukunft der Schule und der Lehrerbildung. Die SPD fordert die Gesamtschule, die CDU/CSU sieht darin sozialistisches Teufelswerk, hält am gegliederten Schulsystem fest. Die Linken fordern mehr Bundeskompetenzen in der Bildungspolitik, die Konservativen lehnen dies vehement ab. Die SPD-regierten Länder wollen alle Lehrer dem höheren Dienst zuordnen, die CDU/CSU-regierten sehen darin den Weg zur Einheitsschule. Der Abstand zu den Gymnasiallehrern muss bleiben.

Trotz heftiger Kontroversen in der Kultusministerkonferenz kommt es überraschend zu einem Konsens in der Frage der Lehrerbildung. Alle Länder stimmen der Einführung eines Stufenlehrers zu. Zukünftig soll es neben einem Lehramt Grundschule ein Lehramt Sekundarstufe I geben. Durch ein zweijähriges Aufbaustudium sollen alle Lehrer und Lehrerinnen die Möglichkeit erhalten, sich für den Unterricht in der Oberstufe des Gymnasiums (Sekundarstufe II) weiterzuqualifizieren. Die Kultusminister erwarten sich davon eine höhere Flexibilität des Lehrereinsatzes in der Sekundarstufe und eine bessere Praxisorientierung.

### Kultusminister Maier als Umfaller

Auch Bayern ist mit von der Partie. Kultusminister Hans Maier beschwört die historische Dimension dieser Reform auf der Landesdelegiertenversammlung des BLLV 1971 in Bayreuth: "Es geht hier um nichts Geringeres als um die Überwindung des alten Dualismus der Volksschullehrer- und der Philologenausbildung, um ein gemeinsames wissenschaftliches Studium für die Lehrer aller Stufen" (bayerische schule Jhg.1971, S. 254). Doch er hat die Rechnung ohne den Philologenverband gemacht. In einem Brief an alle Universitätsprofessoren, die in der



Versteinerte Mienen. Wilhelm Ebert wirft Kultusminister Hans Maier Wortbruch und Wählertäuschung vor.

Lehrerbildung tätig sind, geißelt der BPV diese Vorschläge als "Gleichmacherei" und den "Weg zur Einheitsschule". In der Unter- und Mittelstufe des Gymnasiums hätten nur Lehrer zu unterrichten, die ein grundständiges Gymnasiallehramtsstudium absolviert haben.

Doch Hans Maier hält Kurs. Am 16. und 17. Juli 1974 ist es soweit. Das Lehrerbildungsgesetz mit dem Stufenlehrer als Kern wird im Landtag verhandelt. Hans Maier begrüßt das Gesetz geradezu euphorisch. Es sei "eine der wichtigsten Reformen, die unser Land nach dem Krieg ins Werk gesetzt hat". Sie beende eine "jahrhundertealte Zersplitterung in der Lehrerbildung". Am dreigliedrigen Schulsystem will Maier nicht rütteln. Trotzdem hofft er auf eine intensive "Kooperation der in ihren Bildungsaufgaben verschiedenen Schularten und (auf) ihre wechselseitige Öffnung und Durchlässigkeit zum Wohl unserer Kinder, aber auch zum Wohl der Lehrer der achtziger Jahre, für welche, wenn nicht alle Zeichen trügen, die Möglichkeiten eines flexibleren Einsatzes existenznotwendig werden könnten" (Landtagsprotokoll 1974, S. 5.028). Am 17. Juli 1974 wird das Lehrerbildungsgesetz mit 135 gegen 17 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen.

Es herrscht Jubelstimmung im BLLV. Der Präsident Wilhelm Ebert spricht von einem historischen Datum, das in die Schulgeschichte eingehen werde. Die Volksschullehrerschaft wähnt sich am erfolgreichen Ende ihres jahrzehntelangen Kampfes um die volle gesellschaftliche Anerkennung und um die Gleichwertigkeit mit den Kollegen am Gymnasium. Eine neue Zeit bricht an, glauben sie. In der Zukunft wird für alle Lehrer und Lehre-

rinnen, unabhängig von der Schulart, an der sie unterrichten, ein neues gemeinsames Professionsverständnis gelten. Die Statusunterschiede werden der Vergangenheit angehören.

Doch es soll anders kommen. Das Gesetz soll auf Wunsch der damals noch existierenden zweiten Kammer des Landtags, dem Senat, dem vorwiegend Vertreter der Kirchen, der Universitäten und von Berufsverbänden angehören, erst zum 1. Oktober 1977 in Kraft treten. Damit hätten die Universitäten drei Jahre länger Zeit, die entsprechenden Studienordnungen und Prüfungsbestimmungen auszuarbeiten. Dieses unverdächtige Argument schafft aber nun den Gegnern des Gesetzes Zeit, die Reform doch noch zu verhindern. Ganz offensichtlich gelingt es ihnen, den Kultusminister selbst von diesem Weg abzubringen. Am 13. Oktober 1976 bittet der die CSU-Fraktion im Landtag, die Reform der Lehrerbildung auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Die Fraktion stimmt dem Antrag mit 50 zu 30 Stimmen zu.

### BLLV-Präsident Ebert als Polemiker

BLLV-Präsident Ebert tobt, hatte ihm Hans Maier doch drei Tage vor der Abstimmung auf einem informellen Treffen am Rande des Berufsschultages in Bamberg noch versichert, das Lehrerbildungsgesetz werde wie beschlossen kommen. Wenige Tage später wird Hans Maier auf dem Hauptschulkongress des BLLV in Nürnberg sprechen. Es kommt zum Eklat auf offener Bühne. Zweitausend Hauptschullehrer sind nach Nürnberg gereist, um die Ausgestaltung der Hauptschule unter politischen und fachlichen Aspekten zu diskutieren.

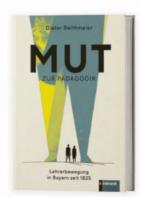
Ebert eröffnet den Kongress und kommt sofort zur Sache. Zuerst wirft er der CSU vor, die Reform der Volksschuloberstufe jahrelang verzögert und das bildungspolitische und finanzpolitische Augenmerk der Partei vor allem auf Gymnasium und Realschule gelegt zu haben – mit den entsprechenden finanziellen Benachteiligungen der Hauptschule. Damit sei die dringend notwendige Reform der Volksschuloberstufe um Jahre verschleppt worden. Dann spricht er dem Kultusminister unter tosendem Beifall die Glaubwürdigkeit ab.

Dem Kultusminister, der als Grund für die Verschiebung der Lehrerbildungsreform anführt, die nötigen Mittel für die Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit zu benötigen, hält er "gezielte Irreführung" vor. Und weiter: "Geradezu entlarvend aber ist Ihr Argument, daß der Studentenzugang steigt, wenn die Qualität des Lehrerstudiums verbessert wird. Damit sagen Sie doch, daß Sie die mindere Qualität der Lehrerbildung als Mittel betrachten, den Lehrernachwuchs zu steuern. Minder ausgebildete Lehrer sind es also, denen nach Ihrem Rezept die Eltern ihre Kinder später von Staats wegen anzuvertrauen haben."

Wie kontert Maier diesen Angriff Eberts? Der Kultusminister wahrt die Fassung und beginnt mit dem Hinweis, dass er nicht im Stil Eberts antworten werde. Höhnisches Gelächter im Saal, als er die Grüße der CSU-Fraktion überbringt. Ohne persönliche Randbemerkungen verliest er nun sein vorbereitetes Redemanuskript. Immer wieder wird er von Zwischenrufen, Buhs und Zischen unterbrochen. Am Ende seiner Rede bricht im Saal ein Sturm der Entrüstung los, zu vernehmen sind auch Rufe nach Rücktritt.

Am 27. Oktober 1976 schließlich wird der Antrag der CSU auf Verschiebung der Lehrerbildungsreform auf unbestimmte Zeit verhandelt. Der Abgeordnete Gymnasiallehrer Siegbert Rost eröffnet die Debatte und verweist darauf, dass sich in den letzten beiden Jahren die Rahmenbedingungen für die Reform der Lehrerbildung grundlegend geändert hätten und eine solide Finanzierung nicht mehr möglich wäre. Man benötige das für die Reform vorgesehene Geld dringend, um die sich abzeichnende Lehrermassenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Rost endet seine Ausführungen mit dem Satz: "Ein Stopp des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes ist das Gebot der Stunde." Der Antrag auf Verschiebung wird mit den Stimmen der CSU, die satte 132 von 204 Landtagssitze innehat, verabschiedet.

Die Reform wird allerdings nicht auf die lange Bank geschoben. Im Gegenteil. Ein knappes Jahr später wird sie im Landtag in veränderter Form verhandelt und verabschiedet, nun allerdings ohne den Stufenlehrer. Er wurde ganz einfach gestrichen und das Studium nach schulartbezogenen Studiengängen eingeführt. Ein herber Rückschlag für die Lehrerbildung, für ein gemeinsames Professionsverständnis der bayerischen Lehrerschaft und für eine solide Personalplanung. Der zu Lasten der Schülerinnen und Schüler und der Lehrerschaft gehende Zyklus aus Lehrermangel und Lehrerüberschuss ist so bis heute erhalten geblieben. //



Eine ausführliche Geschichte der Volksschule und der Lehrerschaft vom Autor dieses Artikels erscheint im März unter dem Titel "Mut zur Pädagogik. Lehrerbewegung in Bayern seit 1825." (Klinkhardt Verlag 24,90€)



bllv.de/bllv/geschichte





 $\bigcirc$ 

2-4 Schülerinnen und Schüler



243 Bauteile inkl. Ersatzteilbeutel und einfacher Rücksortierung in der stabilen Aufbewahrungsbox



42+ Stunden Unterrichtsmaterial



Umfangreiches Begleitmaterial inkl. Unterrichtsplänen, Alltagsund Fächerbezug, Aufgabenblätter und Bauanleitungen in der kostenlosen fischertechnik App "STEM Suite"

### Demokratie lernen – Partizipation leben

Für Sachunterricht und Verfassungsviertelstunde



Die **Grundprinzipien der Demokratie** in einer
Kamishibai-Geschichte
auf 17 Bildkarten.
Mit Textvorlage

EAN 4260694 92028 2 € (D) 20,00



Demokratiebildung für Kinder ab 6 Jahren:

Buntes Legematerial aus 32 Elementen, fertig ausgestanzt, mit Anleitungsheft

EAN 4260694 92342 9 € (D) 15,00



Die 10 **UN-Kinderrechte** auf Kamishibai-Bildkarten – mit Poster fürs Klassenzimmer oder Kinderparlament.

EAN 4260179 51217 9 € (D) 18,00



Kinderrechte mit Kindern erarbeiten: Mitbestimmung von Anfang an fördern. Unterrichtsmaterial für Ethik und Sachkunde

EAN 4260694 92259 0 € (D) 18,00

Bestellen Sie hier:

www.donbosco-medien.de/demokratie service@donbosco-medien.de Tel.: 089/48008-330, Fax: -309 DON BOSCO







### **SCHULGRUPPEN-ANGEBOT**

ab 45 Schüler\*innen nur 14 € pro Schüler\*in bezahlen! (bei 10 bis 44 Schüler\*innen nur 16 € pro Schüler\*in)



Besucht unsere Website zur Vorbereitung eures Ausflugs! Mehr Informationen und Anmeldung unter: www.LEGOLAND.de/schulen



### **Saison 2025:** 5. April bis 9. November



Berufsorientierung im Unterricht:

Die Internetplattform Berufs-

Orientierung BaYern (kurz: BOBY)

ist ein Angebot des Bayerischen

Arbeitsministeriums und bietet

Schülerinnen und Schülern, Lehr-

kräften. Eltern und Unternehmen

einen zentralen Einstieg in die

Themen Berufsorientierung und

(duale) Ausbildung in Bayern.



### **Digital & praxisnah** mit BOBY!

boby.bayern.de



### Was ist BOBY?



### Warum BOBY im **Unterricht?**

Auf der BOBY-Plattform finden Lehrkräfte zahlreiche Tipps und Angebote, die eine moderne Berufsorientierung im Unterricht ermöglichen: von umfangreichen Unterrichtsmaterialien über digitale Berufswahltests bis hin zu spannenden Vor-Ort-Angeboten und Aktionstagen für Schulen.



### **Gesucht & gefunden:** im BOBY Kalender

Sie planen eine Exkursion und sind auf der Suche nach einer regionalen Berufsmesse in Ihrer Nähe? Der BOBY Kalender liefert auf einen Blick alle relevanten Informationen zu den vielen bayernweiten Berufsbildungs-Aktionen, Orientierungsveranstaltungen und regionalen Ausbildungsmessen. Vorbeischauen lohnt sich!





AusbildungsOffensive-Bayern .de

Als Lehrkraft gestalten Sie die Zukunft Ihrer Schüler\*innen aktiv mit. Unterstützen Sie Jugendliche dabei, ihre Stärken zu entdecken und geben Sie Einblicke in die vielseitigen Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten der bayerischen Metall- und Elektroindustrie.

### Kostenlos buchen - einfach und flexibel

Wir kommen direkt zu Ihnen an die Schule: Interaktive Info-Veranstaltungen für Ihre Klassen.



ausbildungsoffensive-bayern.de/campus-buchen buchung@ausbildungsoffensive-bayern.de Tel. 089-24 44 13-333



### Frischer Start in den Frühling

Entdecken Sie attraktive Mobilfunkangebote für Sie und Ihre Familie – jetzt im Online-Shop mit zusätzlichen Sparvorteilen. Vorbeischauen lohnt sich!

### Hier geht's zu den Angeboten

Online-Shop: mitarbeiterangebote.telekom.de E-Mail: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de Mitarbeiter-Service-Hotline: 0800 33 0034531









vour world.

Connecting

### mital better dervice flottine.

### Steigerwaldklinik Burgebrach

Am Eichelberg 1 - 96138 Burgebrach 09546 88 510 - sekretariatos@aka-bambera de - www.aka-bambera de



### Wir sorgen für Sie. Heute und morgen.

Die Fachabteilung für

Psychosomatik und Psychotherapie behandelt:

- Depressive Erkrankungen
- Burn-Out- und Stress-Erkrankungen
- Selbstwertkrisen
- Angststörungen
- Somatoforme Funktionsstörungen
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Essstörungen
- Störungen der Persönlichkeitsentwicklung
- Zwangsstörungen u. a.





Dr. med. C. Lehner Chefarzt und Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie

### impressum

### Inhaber und Verleger

BAYERISCHER LEHRER- UND LEHRERINNENVER-BAND E.V. Bavariaring 37, 80336 München

#### Postanschrift

Postfach 150209, 80042 München Telefon 089 721001-0 II Fax 089 721001-90 bllv@bllv.de, www.bllv.de

#### Redaktionsanschrift

"bayerische schule" Redaktion Roseggerstr. 13 II 97422 Schweinfurt Telefon 09721 5497913

#### Chefredakteur

STEVE BAUER

Roseggerstr. 13 II 97422 Schweinfurt Telefon 09721 5497913 redaktion@bayerische-schule.de

Stellvertreter: MARTIN MAURER Rummelsberg 88 II 90592 Schwarzenbruck Telefon 0176 83328640

redaktion2@bayerische-schule.de

#### Art Direction || Layout || CvD

SONIA HAUPTMANN

Bavariaring 37 II 80336 München Telefon 089 721001-820 II grafik1@bllv.de

#### Redaktionsleiter

CHRIS BLEHER II www.christianbleher.de

#### Schlussredaktion

DANIELA ESCH II daniela.esch@vollwortkost.de

#### Bildkonzeption

SONIA HAUPTMANN II grafik1@bllv.de

#### Bildredaktion

### FOTOSTUDIO ROEDER

Justus-von-Liebig-Ring 11 b II 82152 Krailling Telefon 089 8501706 II foto@janroeder.de außer S. 3 (u.) imageBROKER.com GmbH, S. 16 (r.) u. S. 17 (r.) Yasmin Yildiz, S. 17 (l.) Susanne Baumann, S. 29 (r.) PicturePeople, S. 60/61 SZ Bildarchiv, S. 62 BLLV-Archiv

#### lllustration || Cartoon

BERND WIEDEMANN (S. 7) bw@buchillustration.de

DIRK MEISSNER (S. 21) info@meissner-cartoons de

#### Autorenkürzel

es Evelin Steinberger, jd Juliane Dahlke, hr Hans Rottbauer, Ih Lara Hoffmann, It Laura Teichmann, mm Martin Maurer, wah Wilhelm A. Hees, yy Yasmin Yildiz

#### Anzeigen

A.V.I. ALLGEMEINE VERLAGS- UND INFORMATIONSGESELLSCHAFT MBH Hauptstraße 68 A II 30916 Isernhagen Telefon 05139 985659-9 info@avi-fachmedien.de

#### Druck

ORTMANNTE@M GMBH CROSSMEDIA DRUCK Telefon 08654 4889-0 II Fax 08654 4889-15 www.OrtmannTeam.de

Die "bayerische schule" erscheint sechs Mal pro Jahr. Sie wird allen BLLV-Mitgliedern geliefert; der Mitgliedsbeitrag enthält den Bezugspreis. Nichtmitglieder können die "bayerische schule" direkt bei der BLLV Landesgeschäftsstelle (s. oben) bestellen. Der Bezugspreis beträgt für Privatpersonen 50,00 Euro, für Institutionen (gegen Nachweis) 10,00 Euro jährlich; Einzelhefte inkl. Versand 10,00 Euro. Leserzuschriften senden Sie bitte direkt an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Falls kein Rückporto beiliegt, können sie auch nicht an den Autor zurückgesandt werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers, nicht unbedingt die der Redaktion oder des BLLV dar.





### unter den Krediten.

### Der FOCUS MONEY Testsieger-Kredit\*\*: fair, flexibel, günstig.

- ✓ lange Laufzeiten bis 120 Monate
- ✓ hohe Kreditbeträge bis 100.000 Euro
- ✓ super flexibel: jederzeit kostenlos Ratenanpassung und Sondertilgung
- ✓ persönliche Betreuung durch unsere Kreditspezialisten



abkbank.de/bllv

Telefon-Hotline für BLLV-Mitglieder: (030) 2 85 35-200

unser bestands-beispiel der Vorausgesetzter bonitat: Nettokreditbetrag 20,000 Euro, Gesamtbetrag 25,202,40 Euro. Angaben gemäß 6 17 PAngyl: 2/3-Beispiel: Bei einem Nettokreditbetrag von 6,30% p. a. und einen effektiven Jahreszins von 6,49%. Es sind 120 monatliche Rate zu je 225,12 Euro zurückzuzahlen. Der Gesamtbetrag beträgt 27.014,40 Euro, Bonität vorausgesetzt. Stand 12.01.2025. erantwortlich für diese bliv-Magazin Ausgabe ist der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) e.V., deren Datenschutzhinweise Sie unter https://www.bliv-wd.de/datenschutz finden. Sollten Sie in Zukunft nicht mehr über Ihre BLLV-Vorteile, Neuigkeiten von Partnern in Ihrer Region oder exklusivse Aktionen für BLLV-Wirtschaftsdienst GmbH Abteilung Datenschutz, Belgradstr. 68, 80804 München, rufen Sie uns an unter 089 – 286 76 26 oder schreiben Sie eine E-Mail an:info@bllv-wd.de.